



Begrüßung



Herr Prof. Michael Krautzberger, Moderation

Frau Senatorin Junge-Reyer – ich darf Sie alle sehr herzlich begrüßen zum Stadtforum Berlin 2020. Mein Name ist Michael Krautzberger und ich habe heute die Aufgabe, durch die Veranstaltung zu führen. Die Senatorin wird Ihnen und uns danach sagen, welche Aufgaben und welche Erwartungen mit dem Stadtforum verbunden sind. Nur so viel vorweg, das Programm „Standortbestimmung. Strategien europäischer Metropolen“ befasst sich mit den Fragestellungen: Wie bereiten sich die anderen Metropolen in Europa auf die Zukunft vor? Was sind die Herausforderungen, was sind die Gemeinsamkeiten und was kann Berlin daraus lernen? Ich darf jetzt zunächst die Referenten

des heutigen Nachmittags begrüßen. Neben Frau Senatorin Junge-Reyer, die die Erwartungen und Positionen Berlins vortragen wird, darf ich Herrn Professor Andreas Faludi von der Universität Nijmegen ganz herzlich begrüßen. Er will uns über die europäischen Metropolen im polyzentrischen Städtesystem berichten. Herr Faludi ist einer der besten Kenner der europäischen Raum- und Stadtentwicklungspolitik. Ich freue mich sehr, dass er nach Berlin gekommen ist. Nach Professor Faludi, und damit schon nach der Pause, werden drei Referenten europäische Metropolen und ihre Entwicklungsstrategien vorstellen – Metropolen, die für Berlin von besonderem Interesse sind, nämlich die Städte Warschau, Wien und Rotterdam. Michal Borowski, der Chefarchitekt von Warschau, wird die Stadtentwicklungsstrategien von Warschau vorstellen. Ein herzliches Willkommen auch ihm. Mit ihm darf ich auch Herrn Mieczyslaw Reksnis vorstellen, der innerhalb der Behörde in besonderer Weise die Verbindungen zwischen Berlin und Warschau begleitet. Für die Stadt Wien und von ihren Stadtentwicklungsstrategien wird Herr Gottfried Pirhofer berichten. Auch ihm ein herzliches

Willkommen. Herr Pirhofer ist Vorstandsmitglied des Vereins „Zukunfts.Station Wien“, eine Vereinigung, die auf Initiative der Stadt Wien gegründet wurde. Der Name Professor Töpfer, der einer der Initiatoren war, sollte genannt werden. Und ich freue mich schließlich auch, dass Sie, Herr Prof. Rosemann, als jemand, der mit Deutschland stark verwurzelt ist und Deutschland sehr gut kennt, die Stadtentwicklungsstrategien in der Stadt und Region Rotterdams darstellen wird. Sie haben sowohl in Deutschland Lehrtätigkeiten wahrgenommen als auch im europäischen, asiatischen und amerikanischen Ausland und sind z.Zt. als Urbanist an der Universität Delft mit einem sehr breit gefächerten wissenschaftlichen Programm tätig.

Meine Damen und Herren, kurz zum Ablauf ein paar technische Hinweise. Das Stadtforum ist an sich von Diskussionen, Auseinandersetzungen und der Aussprache geprägt. Heute beginnt das Stadtforum 2020 mit einem sehr dichten Programm. Im Vordergrund werden Referate stehen. Es geht bewusst darum, den Standort, eine Metropolregion, eine Metropole –

europäische Metropole Berlin, im Augenschein anderer wichtiger europäischer Metropolen zu sehen. Deshalb werden die Referate stärker im Vordergrund stehen, als das bei künftigen Veranstaltungen der Fall sein wird.

Mit dieser Veranstaltung beginnend wollen wir über das Internet die Diskussionen im Stadtforum unterstützen. Sie werden vielleicht gesehen haben, dass draußen die Möglichkeit bestand und auch in der Pause wieder besteht, Fragestellungen und Statements einzugeben. Diese werden wir auch hier vorne erhalten und werden in der kurzen Diskussion von 20 Minuten versuchen, darauf einzugehen. In Zukunft, beginnend ab heute, wird Ihnen diese Pinnwand im Internet zur Verfügung stehen und wir werden sie dann für die Vorbereitung und die Durchführung der nächsten Veranstaltungen noch stärker nutzen können. So viel vorweg. Ab jetzt wird es spannend. Wir werden also als Erstes die Standortbestimmung Berlins hören. Und ich darf Sie bitten, Frau Senatorin Junge-Reyer, uns die Eingangsstellungnahme zu geben. Vielen Dank.

„Berliner Strategien“



Frau Ingeborg Junge-Reyer, Senatorin für Stadtentwicklung

Sie alle sind heute hierher gekommen, um an einer Wiedergeburt des Stadtforums teilzunehmen. Ich freue mich darüber. Das Stadtforum hat eine lange Geschichte. Es wird in vielen Städten zitiert, auch kopiert. Ich habe mich zu Beginn meiner Amtszeit gefragt, ob es sinnvoll sein kann, mit einer Veranstaltungsform an

Konzepte und Erfahrungen anzuknüpfen, die möglicherweise heute nicht mehr die Bedeutung haben wie noch vor einigen Jahren.

Die Antwort nach etlichen sehr interessanten Gesprächen war auch für mich persönlich: Ja, es ist sinnvoll. Wir müssen außerhalb des normalen politischen Alltags Fragen zu den Veränderungen, die wir alle in der Stadt erleben, diskutieren. Wir brauchen den kritischen Dialog und dazu die Sicht anderer – von außen auf unsere Stadt. Ich danke den Referenten, die heute die Konzepte aus ihren Städten und Regionen darstellen werden. Ihre Erfahrungen sollen uns wichtige Erkenntnisse für unsere eigene strategische Ausrichtung bringen.

Ich habe einen Beirat eingeladen, mit uns die Themen und Fragestellungen dieses Stadtforums vorzubereiten und mit uns die Ergebnisse zu beraten. Ich möchte an dieser Stelle denjenigen ganz herzlich danken, die sich bereit erklärt haben, in diesem Beirat mit zu arbeiten: Frau Prof. Gieseke, Herr Prof. Bodenschatz, Frau Dr. Doehler-Behzadi, die leider heute nicht anwesend sein kann, und besonders Ihnen, Herr Prof. Krautzberger.

Alle Erwartungen an das Neue Stadtforum erfüllen zu wollen, wäre sicherlich vermessen. Lassen Sie uns heute beginnen mit dem Versuch einer Standortbestimmung der Stadtentwicklung – mit der Definition wesentlicher Fragen, denen wir uns stellen müssen. Vor allem aber: Stellen wir uns selbstbewusst und lernwillig zugleich den Strategien anderer Metropolen.

Wir erleben gegenwärtig einen kuriosen Wettstreit der Beliebigkeit zwischen den großen Städten. Städte möchten heute immer „Kulturmetropolen“ sein und natürlich „Wissenschafts- und Forschungsstandorte“ erster Güte. In den

Städten wohnen adrette junge Männer und Frauen. Von den Airports fliegen wir in die ganze Welt. Und wenn vorhanden, gibt es eine schnuckelig sanierte Altstadt, wo es zu shoppen gilt, wo die Erlebnisgastronomie blüht und das berühmte Museum steht, das wir aber nur von außen anzuschauen brauchen, um zu berichten, wir waren da.

In dieser Konkurrenz um den Spitzenplatz zu ringen ist richtig – und doch zu wenig. Es geht nicht allein darum, im Kampf um das Gleiche mithalten zu können und von dem, was alle bieten, noch mehr zu haben. Es geht immer um die Frage, was an und in Berlin das Besondere ist.

Berlin ist eine Stadt, die sich ständig verändert, eine Stadt der politischen Brüche und deren Folgen, die uns auf Schritt und Tritt begegnen. Da sind zuerst die Veränderungen, die durch die Zeugnisse der politischen und geistigen Epochen sichtbar geblieben sind. Die märkische, die preußische, die Reichshauptstadt, die Stadt, wo der Naziterror organisiert, wo aber auch seine Niederlage besiegelt wurde; die geteilte Stadt, die Stadt der Luftbrücke und die „Hauptstadt der DDR“, das wiedervereinigte Berlin im Osten des vereinten Deutschland und die erste Stadt im Westen, wenn wir es aus dem Blickwinkel Osteuropas sehen.

So ist die Geschichte der Stadt eines der unverwechselbaren Merkmale Berlins, das die Menschen, die hierher kommen, in den Bann zieht.

Die zweite Ebene der Veränderungen ist der ökonomische Strukturwandel. Strukturwandel ist kein originäres Thema Berlins. Und doch hat der vergleichsweise dramatische Umbruch, das Verschwinden hunderttausender Arbeitsplätze im industriellen Bereich in den letzten 15

Jahren eine besondere Qualität. Heute spielt der tertiäre Sektor für die Wirtschaft der Stadt eine wichtigere Rolle als die Industrie.

Berlin hat aufgeholt: Als Stadt der Dienstleistungen, der Medien und des Kommunikationssektors, aber auch der Kanzleien und Agenturen. In Berlin treffen sich nicht nur diejenigen, die Verantwortung in Politik und Wirtschaft tragen, sondern auch diejenigen, die Entscheidungen kommunizieren, die von den Entscheidern leben. Hier ist der Ort, von dem die Shows der öffentlichen Diskussionen ausgestrahlt werden. Berliner Medien sind heute die wichtigen Meinungsträger der Republik.

In Berlin präsent zu sein, nach Berlin zu kommen und erfolgreich zu sein, ist wichtig geworden.

Es kommt eine dritte Ebene der Veränderung hinzu: der Wandel der kulturellen und sozialen Milieus.

Diese Veränderungen lassen sich rein statistisch erkennen: am Anteil der Ein-Personen-Haushalte, der Alleinerziehenden, der Bürgerinnen und Bürger nichtdeutscher Herkunft, aber auch am Anstieg staatlicher Transferleistungen.

Die Situation unserer öffentlichen Finanzen ist bekannt, allerdings: Armut und Reichtum einer Stadt definieren sich nicht allein über das öffentliche Budget.

Es gibt in dieser Stadt viele – gerade in den kreativen Berufen –, die nach Berlin kommen und sich für das „Hierbleiben“ entschieden haben, obgleich sie hier materiell vergleichsweise auf bescheidene Möglichkeiten treffen. Und Berlin ist attraktiv für gut ausgebildete junge Leute, die hier ihre Lebensperspektive verwirklichen wollen. Dies ist ein Standortvorteil, den

inzwischen immer mehr Unternehmen durch den Aufbau von Niederlassungen nutzen. Gute Voraussetzungen also in der internationalen Konkurrenz der Metropolen Europas um die Jugend.

Dieser Gewinn an jungen Menschen hat seine Ursache auch im kulturellen Klima der Stadt. Mit seinen kreativen Milieus, den Börsen der Lebensstile – Singlebörsen, Börsen für gleichgeschlechtliche Beziehungen, seinen ethnischen Gemeinden, seinen Trendmärkten, seinen Orten der Internationalität setzt Berlin Menschen in Bewegung. Ideen, die anderswo „brotlose Kunst“ wären, sind hier erfolgreich.

Ich will heute fünf Themen vorstellen, die für die Zukunftsperspektive Berlins von Bedeutung sind.

Erstens geht es um die wirtschaftliche Entwicklung Berlins, um die Frage: Wie können wir mehr Investitionen möglich machen?

In den vergangenen 15 Jahre hat Berlin einen partiellen Neubau der Stadt erlebt. Und wir haben Projekte vor uns, die den Blick auf die Stadt noch einmal verändern werden: Der Großflughafen, der den gesamten Südosten Berlins beeinflussen und für völlig neue wirtschaftliche Aktivitäten sorgen wird; die Museumsinsel mit ihren Impulsen für die Kultur und den Tourismus und schließlich eine Reihe weitere großer Projekte wie zum Beispiel der gesamte östliche Spreeraum. Dennoch müssen wir uns vor einer übertriebenen Erwartungshaltung hüten. Das Investitionstempo der Nachwendezeit wird auch in wirtschaftlich besseren Zeiten nicht wieder erreicht werden.

Wir müssen umdenken, wenn wir den Weg für neue, erfolgreiche Investitionsprojekte ebnen wollen. Was nützt uns der Investor, der

entweder nicht mehr investiert, oder aber es tut und dabei in die Insolvenz geht?

Gerade in einer schwierigen Situation auf dem Immobilienmarkt geht es darum, das besondere Interesse, den zukünftigen Nutzer, den besonderen Ort, die außergewöhnliche Lage in der Stadt zu betrachten. Hier liegen die Chancen Berlins. Für „maßgeschneiderte“ Immobilien gibt es viele Beispiele und Kriterien. Nutzungsflexibilität wie beim „Meilenwerk“, Themenimmobilien wie beim „Energieforum am Ostbahnhof“, oder auch Imagebildung durch Nutzungen in Gebäuden mit Denkmalschutz.

Wir wollen mehr Investitionen möglich machen. Das bedeutet, dass wir uns zunächst von der Verführung durch allzu große, für den Augenblick nicht realisierbare Projekte – auch von manchen Hochhausprojekten – verabschieden und uns darauf konzentrieren, den Reichtum des Angebotes an vielfältigen Flächen und Orten für unterschiedlichste Nutzungen bescheidenerer Art zu qualifizieren und zu entwickeln.

Dieser Paradigmenwechsel in der Immobilienpolitik von der Planung für große Flächen zum qualitativ hochwertigen, sorgfältig auf den möglichen Erfolg vorgeprüften Angebot ist ein neuer, notwendiger Schritt in der Stadtentwicklungspolitik.

Die 2. Frage lautet: Wie kann es gelingen, die Stadt zusammen zu halten?

Berlin hat nach der Wende neu gelernt: Die Stadt wird aus der Mitte heraus zusammen gehalten. Die attraktive Mitte, die innere Stadt, in der die Straßen, Plätze und Parkanlagen Orte der zwischenmenschlichen Begegnungen und Beziehungen sind, das hält die Stadt zusammen. Die nachhaltige Stadt ist eine dichte Stadt. Mit dem Planwerk Innenstadt wurde die-

ses Konzept der urbanen Dichte auf die Agenda gesetzt. Wir wollen daher die Nutzungsmischung und Nutzungsvielfalt in der Innenstadt fördern, die Innenstadt als Wohnort stärken und auch mehr Mietereigentum schaffen. Dies scheint in der heutigen Situation schwierig, aber es geht. Wir machen gerade diese Erfahrung am Friedrichswerder. Der Neubau von Eigenheimen am Außenministerium – in welcher anderen europäischen Hauptstadt ist das noch möglich? Und es ist in Berlin nicht nur am Friedrichswerder möglich. Wohnprojekte in der Innenstadt – wenn wir die Interessen der möglichen Nutzer ausreichend berücksichtigen, sind durchaus ein Feld, auf dem es sich erfolversprechend investieren lässt. Die Innenstadt als Wohnort zu profilieren ist kein kurzfristiges Projekt, sondern eine strategische Aufgabe und ein Kulturwechsel, der seine Zeit braucht. Denn wie kann man einen Berliner, der seit eh und je die Mietwohnung als die einzig denkbare Wohnform begreift, dazu bringen, sich in der Stadt eine Wohnung zu kaufen?

Eine andere Frage ist vor allem für Familien wichtig: War nicht die Stadt immer der „unge-sunde“ Ort? Der Ort wo man weg zog, wenn man es sich leisten konnte?

In der Stadt zu wohnen, muss wieder als attraktiv gelten. Wir müssen denjenigen Familien, die in der Stadt bleiben, das Gefühl eines geringeren sozialen Status nehmen. Die lebenswerte Stadt, die Stadt der kurzen Wege und der guten Erreichbarkeit, mit hervorragenden Bedingungen für Mobilität, das schafft dafür gute Voraussetzungen.

Berlin, das ist die Innenstadt, und das sind auch die vielen Großstädte im Grünen. Diese Städte in der Stadt sind gewählte Lebensorte für Hun

derttausende, die dort gerne wohnen. Die Attraktivität dieser Städte im Grünen wollen wir durch gezielte Maßnahmen des Stadtumbaus nicht nur erhalten, sondern erhöhen. Dazu gehört auch, dass wir den notwendigen Rückbau fortsetzen. Ja ausdrücklich: Abriss wird in diesen Gebieten auch ein Beitrag zur Aufwertung sein.

Wir wollen die typische polyzentrale Struktur Berlin erhalten. Das heißt aber gleichzeitig, dass wir auf ein weiteres Wachstum im äußeren Stadtbereich verzichten und dass wir keine Mittel für zusätzliche Infrastruktur dort einsetzen werden.

Drittens: Berlin hat Raum. Die zahllosen, zum Teil sehr großen, nicht genutzten, nicht bebauten, nicht beplanten Flächen sind ein räumlicher Spiegel der Geschichte und des Strukturwandels: Aufgegebene Bahntrassen, Brachen in ehemaligen Industriegebieten, Baulücken in den Stadtvierteln der Gründerzeit, freie Flächen im Bereich des ehemaligen Mauerstreifens, rückgebaute Flächen der Großsiedlungen. Es sind Flächen in zum Teil prominenter Lage: Das Gebiet an der Heidestraße in unmittelbarer Nachbarschaft des neuen Hauptbahnhofes und des Bundeskanzleramtes; der gesamte Bereich des östlichen Spreeufers bis hin zur Rummelsburger Bucht; der Flughafen Tempelhof. Diese freien Räume haben eine trennende Funktion in der Stadt. Sie bilden Barrieren zwischen den Quartieren. Sie verlängern die Wege.

Wir müssen diese Räume wieder in die Stadt integrieren. Es müssen Wegebeziehungen aufgebaut und Stadträume verbunden werden. Ein erheblicher Teil dieser Flächen stellt derzeit keinen wirklichen Vermögenswert dar, der zur Verwertung aktiviert werden könnte.

Dennoch sind sie nicht vorrangig Problem, sondern vor allem Herausforderung und Chance: Zwischennutzung heißt ein Schlüsselwort, mit dem an immer mehr Orten in der Stadt Menschen als „Raumpioniere“ versuchen, der Stadt neue Facetten abzurufen. Das Experimentelle, das Suchen nach neuen Formen, um Orte zu aktivieren und die Aneignung von Räumen zu ermöglichen, verbindet die Vielzahl temporärer Projekte unterschiedlichster Art und Qualität: Da gibt es flüchtige, transitorische Ereignisse, die nur für den Augenblick im Stadtraum gastieren; anderswo „Platzhalter“, die so lange einen Ort besetzen, bis dort wieder eine klassische Nutzung möglich ist. Es gibt auch ursprünglich zeitlich begrenzte Initiativen, die sich an einem Ort festsetzen, wachsen, weiter entwickeln bis hin zur Professionalisierung und die so zur langfristigen und nachhaltigen Standortentwicklung beitragen. Brachen und ungenutzte Räume sind nicht Zwang, sondern Bedingung für Umstrukturierung. Sie sind Zukunftsräume, Lern- und Experimentierfeld für die zukünftige Stadt.

Was müssen wir tun, um in der „Stadt der Veränderung“ die Quartiere als Orte der Verlässlichkeit zu bewahren? Das ist die vierte Frage.

Hier geht es jenseits von Regierungsviertel und Stadt-Attraktionen um sozusagen „stinknormale Kommunalpolitik“. Berlin lebt von der Veränderung, aber Berlin gibt zugleich Heimat und Vertrautheit. Groß-Berlin – 1920 aus 7 Städten und über 50 Gemeinden gegründet – lebt noch immer von seiner Dezentralität, von der Eigenständigkeit seiner Kieze und Quartiere.

Quartiere sind die Stabilisatoren der sich ständig verändernden Stadt. Die Kennzeichen der Berliner Quartiere sind: Überschaubarkeit, der Zusammenhang von Wohnen und Leben, die

Identifikation der Menschen mit dem Ort, der Heimat und Vertrautheit bietet.

Diese Kennzeichen, die so etwas wie ein Gütesiegel für funktionierende Nachbarschaften sind, müssen wir bewahren. Aus diesem Grund ist für die Stadtentwicklung eine gezielte Quartierspolitik besonders wichtig. Dort, wo die Nachbarschaften in Gefahr sind, müssen wir handeln.

Bildung, Ausbildung Beschäftigung und die lokale Wirtschaftsentwicklung sind die wichtigsten Hebel, um Menschen eine Perspektive zu geben, der Zustand des Wohnumfeldes, des öffentlichen Raumes entscheidet darüber, ob Familien wegziehen oder bleiben. Alle Möglichkeiten für Migrantinnen und Migranten nutzbar zu machen, um ihre individuellen Lebenschancen zu verwirklichen, ist Voraussetzung für Integration. Aber auch das gilt: „Null-Toleranz“ für den Rückzug in ethnische Communities, wenn sie freiheitliche Rechte in Frage stellen oder die Chancengleichheit der Geschlechter behindern.

Diese Handlungsfelder können helfen, die soziale Spaltung der Stadt zu verhindern, Lebensbedingungen nicht auseinander driften zu lassen. Dazu brauchen wir allerdings auch ein Mindestmaß an innerstädtischer Solidarität, wir brauchen einen Wertausgleich zwischen Gebieten unterschiedlicher sozialer Stabilität und Ausstattung. Das ist umstritten, es geht hier um Verteilungskämpfe und Verteilungsgerechtigkeit. Im Interesse der Stadt werden wir diese Auseinandersetzung führen, um gleiche Chancen in der gesamten Stadt durchsetzen zu können.

Quartierspolitik heißt, vernetzt zu arbeiten. In der Quartierspolitik beweist sich, ob Verwaltung, Verbände und Institutionen über den

Schatten ihrer fachlichen Enge hinausdenken können und in der Lage sind, gemeinsam Ziele zu benennen und Lösungen zu organisieren.

Vor allem sind Quartiere Orte, deren Entwicklung von den Menschen, die dort wohnen getragen wird. Wir wissen aus unseren Erfahrungen mit den Quartiersfonds, dass die Bürgerinnen und Bürger sehr gerne wirklich entscheiden wollen und zur Übernahme von Verantwortung auch in der Lage sind. Das Engagement und die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ist ein Kernanliegen demokratischer Gesellschaften. Die wichtigste Erfahrung des Quartiersmanagements ist, dass Bürger dann bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, wenn sie auch wirklich entscheiden können.

Jetzt geht es darum, ganz praktisch Formen der Bürgerentscheidung zu finden und zu etablieren. Auch das wird keine leichte Auseinandersetzung, weil mit der Zuweisung von Entscheidungskompetenzen die Machtfrage gestellt ist, wenn Entscheidungen, die Bürgerinnen und Bürger treffen, nicht mehr von anderen, bezirklichen Gremien, Verwaltungen, getroffen werden.

Damit bin ich bei der fünften und letzte Frage nach der Zukunft staatlicher Verantwortung.

Die Städte waren entscheidend für die Herausbildung der heutigen Gesellschaft, ihre Entwicklung wird über die Zukunft entscheiden. Dabei geht es darum, ob die Städte im Prozess der Globalisierung nur Objekte des ökonomischen Geschehens bleiben, oder ob sie in der Lage sind, Handlungsspielräume zurück zu gewinnen. Städte die nicht mehr in der Lage sind, die Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger zu treffen, laufen Gefahr, vor den sozialen Konflikten zu kapitulieren.

Was ist aber notwendig, um auch dauerhaft staatliche Steuerung zu ermöglichen, die schwachen Interessen vor den Starken, das Allgemeine Interesse vor den individuellen Interessen zu schützen?

Neben der Deregulierung ist die Privatisierung von öffentlichen Aufgaben heute eine nahezu selbstverständliche Handlungsmaxime in allen Parlamenten – auch in Berlin. Es geht um Effizienzsteigerung, um die Entkoppelung von Tarifbindungen, um mehr Flexibilität bei der Aufgabenerfüllung und die Ermöglichung von Innovationen und Investitionen, die unter der Schwerfälligkeit staatlicher Entscheidungsstrukturen leiden. Von der Stromversorgung über die Wasserversorgung, den Post- und Telekommunikationsbereich bis hinein in das Terrain der Sicherheitsorganisation.

Doch wir erleben nicht nur in Berlin eine hitzige Diskussion zum Beispiel um den verordneten Wettbewerb des öffentlichen Personenverkehrs.

Kann es wirklich gelingen, Wettbewerb im Interesse möglichst effektiver und kostengünstiger Organisation her zu stellen? Oder wird es einen Verdrängungskampf auf dem Rücken der Kunden, des Angebots und der Beschäftigten geben? Wie lässt sich der Wettbewerb tatsächlich kontrollieren, wie können Qualität und Arbeitsplätze gesichert werden ?

Es zeigt sich inzwischen auf immer mehr Feldern, dass die Grenzen zwischen dem Anspruch freier Entscheidungen und Wettbewerb auf der einen Seite und der Gefahr einer Usurpation gesellschaftlicher Aufgaben durch einzelne private Interessen in vielen Bereichen noch nicht deutlich genug gezogen sind.

Wo der Staat seine eigenen Instrumente zurück nimmt, kann Wettbewerb entstehen – zum Nutzen der Verbraucher. Gleichzeitig muss der Staat jedoch dafür sorgen, dass Spielregeln aufgestellt und eingehalten werden. Da können wir übrigens von den Vereinigten Staaten, dem Mutterland des freien Marktes, lernen: Deregulierung ist immer nur dann ein Instrument des Fortschritts, wenn Konkurrenz wirklich möglich bleibt. Daher brauchen wir eine wirksame Kontrolle von Wettbewerb, wenn wir wollen, dass der Wettbewerb bleibt.

Wo die Dominanz des Marktes die sozialen Besitzstände der Gesellschaft in den Hintergrund drängt, muss der Staat die Bewahrung des Gemeinwohls zu seiner Sache machen. Dabei ist der Staat nicht in einer Stellvertreterrolle. Vielmehr muss der Staat dafür sorgen, dass Bürgerwille und Bürgerengagement gestärkt werden.

Die Stärke der europäischen Stadt war stets ihre Fähigkeit, ihre Bewohner zu Trägern der „polis“ zu machen, die städtische Gemeinschaft in den Mittelpunkt zu stellen und die Individualinteressen dem gesellschaftlichen Interesse zu unterstellen. Für die Zukunft der europäischen Stadt brauchen wir daher das Bündnis von demokratischen Institutionen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern.

Ich danke Ihnen, dass Sie sich darauf eingelassen haben, mit mir, mit uns gemeinsam Fragen der Stadt, Fragen der Berliner Stadtentwicklung zu beraten.

Wir werden uns in den kommenden Sitzungen an konkrete Themen der Stadtentwicklung heranwagen, zum Beispiel im Januar an das hochaktuelle Thema der Entwicklung des Einzelhan

dels in einzelnen Stadträumen und die Auswirkungen auf die Gesamtstadt.

Ich bin sehr gespannt auf das was heute, was in den kommenden Sitzungen gesagt wird. Vor allem aber bin jetzt gespannt auf das, was andere Städte und Regionen uns an Erfahrungen und Überlegungen vorstellen werden.

Herr Prof. Krautzberger

Vielen Dank Frau Senatorin Junge-Reyer für dieses Eingangsreferat, das eigentlich schon mehr Antworten als Fragen beinhaltete. Ich habe mir vier Punkte notiert, die wir vielleicht später oder bei nächsten Terminen aufgreifen können: Erstens die sehr nachdrückliche Darstellung von Berlin als eine Stadt der Veränderungen. Das ist vielleicht eine Beobachtung, die für diese Metropole im besonderen Maße gelten könnte und gleichzeitig eine Frage an die Kollegen am Tisch. Die erheblichen Entwick-

lungspotenziale, die diese Stadt hat, waren ein weiterer Schwerpunkt Ihrer Darstellungen der Entwicklungsstrategien und -aufgaben Berlins. Sehr nachdrücklich war die Frage nach den Stabilisatoren einer solchen Entwicklung – Stabilisatoren einer Gesellschaft, die sich in diese Veränderung gestellt sieht. Last not least war ein besonderes Anliegen von Ihnen die Frage der Deregulierung und zugleich der Versprechungen des Sozial- und Rechtsstaats oder das, was Sie „Spielregeln aufstellen und einhalten“ nannten.

Jetzt sind wir gespannt auf die Fortsetzung und die Hinweise aus anderen europäischen Metropolen, wobei Sie, Herr Professor Faludi, den Blick erst einmal auf ganz Europa richten: „Europäische Metropolen im polyzentrischen Städtesystem“.

“Europäische Metropolen im polyzentrischen Städtesystem”



Herr Prof. Andreas Faludi, *Radboud University Nijmegen*

Herr Krautzberger, Frau Senatorin, ich danke für diese Einladung. Ich habe auf dem Weg

hierher feststellen müssen, dass ein frischer Wind durch Berlin weht. Ich hoffe, dass das ein gutes Vorzeichen für Ihre Veranstaltung ist. Ich spreche über europäische Metropolen im polyzentrischen Städtesystem. Ich tue das aufgrund meiner Beschäftigung mit dem so genannten europäischen Raumentwicklungskonzept. Und Sie, Herr Krautzberger, waren einer meiner Informanten zu diesem Thema, da Sie in einer, nicht in Ihrer letzten, aber in Ihrer vorletzten Funktion mit dem deutschen Beitrag zum europäischen Raumkonzept beschäftigt waren.

Ich will zu aller erst über das EUREK selbst sprechen. EUREK ist die Abkürzung für Europäisches Raumentwicklungskonzept. Danach werde ich über das polyzentrische Städtesystem sprechen, so wie es im EUREK selbst definiert wurde. Nachfolgend will ich die Folgeaktivitäten darstellen, die zum EUREK gehören, und schließlich den Begriff „territorialer Zusammenhalt“ erläutern, der heutzutage ein zentraler Begriff in der europäischen Raumentwicklungspolitik ist. Daraus werde ich gewisse Folgerungen ziehen, die auf die Aufgabe von metropolitanen Regionen wie Berlin Bezug nehmen.

Zunächst zum Prozess des Entstehens des EUREK. Planer und Minister sind von einer Stadt zur anderen gezogen und haben in einer Zusammenarbeit, die über 10 Jahre gedauert hat, einen gemeinsamen Bezugsrahmen geschaffen, um über Stadtentwicklung nachzudenken. Wenn man einen Standort bestimmen will, z.B. den Standort von Berlin, dann muss man, das ist meine These, einen europäischen Rahmen haben. In diesem Prozess, den ich hier gar nicht im Detail beschreiben möchte, ist so ein gemeinsamer Bezugsrahmen entstanden. Dieser Prozess hat einige Meilensteine durchgemacht. Ein Meilenstein war Leipzig 1994, als bereits mit aktiver Mitarbeit von Herrn Krautzberger die so genannten Leipziger Prinzipien entschieden wurden, die die Grundlage des europäischen Raumentwicklungskonzeptes sind. In Norvik in den Niederlanden ist 1997 das erste offizielle Konzept für dieses europäische Raumentwicklungskonzept entstanden. 1998 wurde in Glasgow das erste komplette Konzept verabschiedet, und schließlich in einem Abstand von 30 km von hier, in Potsdam, 1999 das europäische Raumentwicklungskonzept.

Sie müssen sich vorstellen, die damaligen 15 Mitgliedsstaaten haben sich freiwillig auf ein Konzept für Europa verständigt. Übrigens: dieses europäische Raumentwicklungskonzept ist das internationalste Planungshandbuch, das besteht. Es besteht in 14 Sprachen. Dazu gehören die elf Sprachen der Europäischen Union. Darüber hinaus haben Norwegen, Slowenien und Katalonien freiwillig eine Übersetzung davon gemacht.

Was ist die zentrale Aussage dieses Systems? Die Raumentwicklung in Europa ist sehr stark zentralistisch. Sie ist zentralisiert in einem sogenannten Pentagon. Pentagon ist die englische Übersetzung des unschuldigen deutschen Wortes „Städtefünfeck“. Dieses Pentagon wird gekennzeichnet durch London, Paris, Mailand, München und Hamburg. Auf diesem Gebiet, das 20% der Europäischen Union (der 15 Mitgliedstaaten) umfasst, befinden sich 40% der Einwohner, die 50% des Bruttoinlandsprodukts produzieren. Das heißt, Europa ist stark zentralisiert, das Europa der 15. Die Konkurrenz, die Vereinigten Staaten, sind dezentralisiert organisiert. Die Vereinigten Staaten haben vier so genannte – und hier verwende ich den Ausdruck des EUREK – weltwirtschaftliche Integrationszonen, während Europa nur eine solche weltwirtschaftliche Integrationszone hat, nämlich das Pentagon. Daher ist Europa weniger wettbewerbsfähig als die Vereinigten Staaten, ist das Argument im europäischen Raumentwicklungskonzept. Und die Strategie, die im europäischen Raumentwicklungskonzept dargelegt wird, ist die einer polzentrischen Entwicklung. Es sollen sozusagen überall in Europa neue weltwirtschaftliche Integrationszonen entstehen, Städtenetze, Netze von Metropolregionen, die insgesamt die Konkurrenzkraft von Europa ver

stärken sollten. Dies, wie gesagt, ist die Strategie von Europa und greift auf ältere Bilder zurück. 1989 hat das französische Planungsamt eine Studie in Auftrag gegeben, und diese Studie hat aufgrund von ähnlichen Analysen wie das EUREK ergeben, dass die urbane Entwicklung und die Wirtschaftskraft in Europa in einem Gebiet konzentriert ist, das die Franzosen übrigens das Rückgrat von Europa genannt haben, das aber später durch einen Journalisten die „blaue Banane“ genannt worden ist. Und diese „blaue Banane“ ist eines der potentesten Planungskonzepte in Europa, dem Kunzmann und Wegener kurz darauf ein anderes Konzept gegenübergestellt haben, nämlich das Konzept der europäischen Weintraube, „bunch of grapes“, das ebenfalls sehr bekannt ist und das bereits 1991 der Idee einer polyzentrischen Entwicklung in Europa vorgreift.

Die Politik im EUREK, nämlich die Entwicklung von mehreren weltwirtschaftlichen Integrationszonen, eines polyzentrischen Städtesystems, ist kein Plädoyer für eine Verteilungspolitik, sondern man setzt vielmehr auf eine endogene Entwicklung. Die peripheren Metropolitanregionen sollten zusammenarbeiten, sie sollten Sozialkapital generieren, sie sollten Netzwerke formen und sie sollen – was der Kommissionspräsident bis 1995, Jacques Delors, „forces vives“ genannt hat – die Lebenskräfte mobilisieren. Das ist der Einsatz, das ist die Strategie im europäischen Raumentwicklungskonzept. Und das sollte geschehen, indem Netzwerke geformt werden.

Nun will ich Ihnen einige Folgeaktivitäten des EUREK vorstellen. Die französische Präsidentschaft hat 2000, also ein Jahr nach Potsdam, eine Arbeit in Auftrag gegeben, in der die Entwicklung von europäischen Städtenetzen bear-

beitet wurde. Und Sie sehen, wie getrachtet wird, einige mögliche Kerngebiete für die Entwicklung von Städtenetzen in Europa darzustellen. Und sie können natürlich selbst auch die Position von Berlin sehen.

Eine weitere Arbeit ist 2002 herausgekommen, an der vor allem periphere und maritime Regionen mitgearbeitet haben. Berlin erscheint also nicht. Hier wird gezeigt, was eine bewusste Raumentwicklungspolitik in Europa im Jahre 2020, das ist das Zieldatum, erreichen könnte, was für Wirtschaftskräfte und welche Entwicklungen stimuliert werden könnten. Eine weitere Folgeaktivität liegt im Bereich der Forschung. 1999 bis 2001 ist das so genannte European Spatial Planning Program durch die europäische Kommission finanziert worden. Diese Karte zeigt verschiedene Stadt-Land-Beziehungen. Sie sehen, dass in Nordwesteuropa, in den Niederlanden, aber auch in der Rheinschiene und in einigen anderen Gebieten eine gänzlich andere, mehr polyzentrische Beziehung zwischen Stadt und Land besteht als in anderen Gebieten. Und Sie können wieder, was Ihnen natürlich bekannt ist, sehen, dass Berlin und das Umland eine andere Art von Stadt-Land-Beziehung hat, als das in anderen Gebieten der Fall ist. Kürzlich ist im so genannten European Spatial Planning Observation Network (ESPON) an einem ähnlichen Problem gearbeitet worden. Diese Karte stellt verschiedene Typen der polyzentrischen Entwicklung dar, wobei die rosa Farbe eine stark polyzentrische Entwicklung angibt.

Ich mache noch einmal eine Gegenüberstellung von der ganz alten Banane, 1989 herausgekommen, und der anderen Karte mit der polyzentrischen Entwicklung. Sie sehen, dass es eine gewisse Übereinstimmung gibt, dass die

polyzentrische Entwicklung also offensichtlich im Kerngebiet stattfindet bzw. das Kerngebiet gekennzeichnet wird durch eine polyzentrische Entwicklung.

Die Agenden der europäischen Raumentwicklungspolitik sind heute eigentlich übernommen worden oder werden überlagert durch neue Agenden. Und das sind die Agenden des territorialen Zusammenhalts. Das ist ein neuer Begriff, der aus der französischen Regionalpolitik kommt. Dieser hat unter dem Kommissar Michel Barnier eine prominente Rolle gespielt und ist auf sein Andrängen – als damaliger französischer Minister für europäische Angelegenheiten – bereits im Vertrag von Amsterdam im Artikel 16 enthalten, in dem es um die Daseinsvorsorge geht. Es ist ein Begriff, der inzwischen beinahe unbemerkt in die Verfassung aufgenommen wurde. Im Konvent ist sehr viel gestritten worden über die Rolle der Kommissare, ihre Anzahl und Stimmen. Aber diese sehr wichtige Neuerung in der Verfassung ist eigentlich ein bisschen unbemerkt aufgenommen worden. In der Verfassung heißt es jetzt in Artikel 3 unter den Zielsetzungen der Europäischen Union, bzw. es wird dort von Union gesprochen, dass die Union nach wirtschaftlichem, sozialem und territorialem Zusammenhalt strebt. Früher lag die Zielsetzung der Union immer im wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Das Territorium, bzw. was man im deutschsprachigen Raum Raumordnung und Raumentwicklung nennt, war nicht in den Verträgen enthalten. Jetzt ist eine ganz neue Situation entstanden: Der territoriale Zusammenhalt gehört zu den Aufgaben der Union. Und zwar ist es eine geteilte Aufgabe, geteilt zwischen der Union und den Mitgliedstaaten, aber das gilt für die meisten Aufgaben. Das heißt nichts anderes,

als dass schließlich der Ministerrat und das Europäische Parlament bestimmen, aber es heißt auch, dass die Kommission in Zukunft nach eventueller Ratifizierung der Verfassung das Initiativrecht hat, und zwar das alleinige Initiativrecht. Was wir auch sehen, ist, dass in den Kohäsionsberichten, die unter Barnier herausgekommen sind – der zweite Kohäsionsbericht 2001 und der dritte Kohäsionsbericht 2004 – ausführlich über territoriale Kohäsion, territorialen Zusammenhalt gesprochen wird. Vor allem im dritten Kohäsionsbericht wird versucht, den Begriff „territorialer Zusammenhalt“, den Sie mit Raumentwicklung ungefähr gleichstellen müssen, mit der Lissabon-Strategie zusammenzubringen. Das gilt übrigens auch bereits für das europäische Raumentwicklungskonzept. Ich habe gesagt, dass die Wettbewerbsfähigkeit von Europa im europäischen Raumentwicklungskonzept bereits ein zentrales Thema war. Dieses Thema, Wettbewerbsfähigkeit und wie Europa die wettbewerbsfähigste oder wettbewerbsstärkste globale Region auf der Welt werden könnte, ist im dritten Kohäsionsbericht ganz zentral.

Gleichzeitig spielt im dritten Kohäsionsbericht der "Sapir Report" eine Rolle. Sapir hat 2003 auf Andringen von Kommissionspräsident Romano Prodi einen Bericht herausgebracht, in dem man einen frontalen Angriff gegen die Raumentwicklungspolitik und im Allgemeinen die Kohäsionspolitik der Gemeinschaft ausführte. Es wurde gesagt: Wenn wir wettbewerbsfähig sein oder werden wollen, dann dürfen wir nicht die am wenigsten wettbewerbsfähigen Regionen in Europa fördern, sondern wir müssen die am meisten wettbewerbsfähigen Regionen in Europa fördern. Dieses wurde von dem Generaldirektorat Region, das für den

Kohäsionsbericht verantwortlich ist, natürlich als Angriff aufgefasst. Der dritte Kohäsionsbericht ist eigentlich eine Verteidigung gegen den Sapir-Report. Das ist sozusagen die geheime Tagesordnung in diesem Bericht. Nun, was sind die Elemente des Begriffes territoriale Kohäsion? Einerseits noch immer Ausgleich, Ausgleichspolitik, Verteilungspolitik. Darüber hinaus wird ausdrücklich versucht, die Göteborg-Agenda von europäischer Nachhaltigkeit in den Begriff „Territoriale Kohäsion“ hinein zu divergieren. Und schließlich kommt auch der Begriff „good governs“ darin vor. Für „govern“ gibt es offensichtlich keinen deutschen Begriff, daher wird er bereits in Neudeutsch verwendet. Die offizielle Übersetzung ist „regieren“, was aber nichts aussagt.

Schließlich, was auch noch sehr wichtig ist im Zusammenhang mit territorialer Kohäsion, ist der Finanzrahmen 2006 bis 2013. Aber da Deutschland in dieser Angelegenheit eine prolongierte Position einnimmt, sage ich darüber weiter nichts.

Nun, was sind die Folgerungen einerseits aus diesem Rahmen, den ich beschrieben habe, nämlich dem polyzentrischen Städtesystem in Europa, das den heutigen Begriffen der territorialen Kohäsion dient und dienen soll, und andererseits aus dem Kohäsionsbericht selbst? Eine Folgerung ist die Frage: Wo liegt Berlin? Dies ist eine Frage, die nicht im Hinblick auf die Breiten- und Längengrade beantwortet werden kann, das ist eine sinnlose Antwort, sondern man muss vielmehr Berlin oder andere Metropolitanregionen versuchen, räumlich zu positionieren. Einer der größten Fachleute auf diesem Gebiet, der leider verstorbene Dick Williams, hat gesagt, dass die Fähigkeit, sich räumlich positionieren zu können, einer der wichtigsten

Erfolge der europäischen Raumentwicklungs politik ist. Man muss sich gleichzeitig als Metropolitanregion in ein Beziehungsgefüge einrastern. Die räumliche Position wird bestimmt durch ein Beziehungsgefüge. Und das EUREK und seine Nachfolgedokumente geben einen Bezugsrahmen dafür.

Die nächste Frage ist: Wer und was ist Berlin? Das ist die Identitätsfrage. Meine These ist, dass Raumentwicklungspolitik sowie die räumliche Positionierung zur Beantwortung eben dieser Identitätsfrage beiträgt. Was sehr wichtig dabei ist, ist die Partnersuche im europäischen Wettbewerb. Es geht nicht mehr um die Positionierung von einzelnen Regionen, sondern von ganzen Netzwerken. Es geht um die Bildung solcher Netzwerke, um zu weltwirtschaftlichen Integrationszonen zu kommen. Hier ende ich mit einem Zitat aus dem EUREK selbst. Im EUREK wird gesagt: Um flächendeckend eine ausgewogene Siedlungsstruktur zu stärken, müssen Wege und Verfahren gefunden werden, damit Städte und Regionen einander ergänzen und miteinander kooperieren können. Neben Städtenetzen auf regionaler Ebene sind es insbesondere interregionale, transregionale oder gar EU-weite Städtenetze. Ich glaube, dass eine Metropole wie Berlin auf diesem Gebiet in Formen von transnationalen Städtenetzen eine Aufgabe hat und sowieso auch selbst gut daran tut, sich in dieser Hinsicht zu positionieren. Ich danke Ihnen.

Herr Prof. Krautzberger

Vielen Dank Herr Prof. Faludi für diesen Blick auf Berlin aus einer gesamteuropäischen Perspektive. Ich glaube, es war für uns alle sehr interessant, erstens diesen Gegensatz zwi

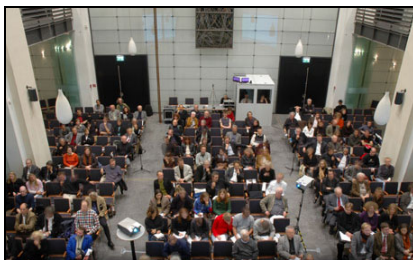
schen der Entwicklung in den USA und in Europa zu sehen, zumal die USA wahrscheinlich ein weniger geplanter Zustand sind, aber historisch gemäß dieser Darstellungen eine glückliche Position entwickelt haben.

Zweitens zeigt ihre Darstellung, dass Europa neben der Verfassungsgebung und seinem Weg zu einer politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Einheit auch dieses räumliche Bild von sich entwickeln muss – auch als Teil seiner eigenen Identität.

Dieser Artikel 3 in der europäischen Verfassung, in den die Aufgabe des territorialen Zusammenhalts eingeflossen ist, ist ein sehr wichtiger Punkt, weil man sich damit als ein Staatswesen verstehen kann. Was immer Europäische Union ist, sie hat eben auch eine Verantwortung für ihre räumliche Entwicklung.

Und schließlich ist es denkwürdig, dass nur eine von den vier Metropolen, über die wir heute sprechen, im Pentagon liegt – drei befinden sich außerhalb. Das macht nachdenklich. Und zum Glück haben Sie auch zum Schluss die Folgerungen daraus gezogen: Die Notwendigkeit von räumlichen Positionierungen und Netzwerken. Vielen Dank Herr Faludi für diese Darstellung.

Wir würden jetzt die Pause eintreten lassen. In der Pause kann man sich, wenn man sich des Englischen nicht ganz sicher ist, eines Headsets, also eines Kopfhörers bedienen. Denn Herr Borowski ist so freundlich nach der Pause zu uns auf Englisch zu sprechen. Vielen Dank. Bis demnächst.



Strategieberichte aus europäischen Metropolen:

Warschau, Wien, Rotterdam



Michal Borowski, *Chefarchitekt Warschau*

Meine Damen und Herren, es ist für mich ein besonderer Augenblick, hier zu sein und über Warschau zu sprechen. Ich möchte mit einer persönlichen Bemerkung beginnen. Vor 35 Jahren bin ich durch Berlin, durch Ost-Berlin gefahren. Ich wollte damals Polen für immer verlassen. Ich war auf dem Weg nach Kopenhagen und fuhr durch Berlin. Dann bin ich nach Stockholm gekommen und habe 25 Jahre in Stockholm gelebt. Heute bin ich zurück in Polen, ich lebe dort wieder. Und ich konnte mir nicht vorstellen, dass ich der Stadtarchitekt von Warschau werden würde oder dass ich in einem Berlin, einem vereinten Berlin sprechen würde, und involviert wäre in eine Diskussion, wie die Stadt sich besser entwickeln könnte. Während ich diesen interessanten Reden zuhörte, da dachte ich mir, ich muss doch mal ganz persönlich darauf zu sprechen kommen, wie das vor 35 Jahren aussah.

Ich möchte über die Stadt Warschau sprechen, den Arbeitsrahmen, den rechtlichen Rahmen, aber auch die Organisation unserer Arbeit, Organisation der Stadt. Und ich möchte einige Beispiele anführen, die zeigen, was wir dort in Warschau tun. Zunächst möchte ich aber einige allgemeine Schlussfolgerungen ziehen. In den letzten 15 Jahren haben wir eine erfolgreiche Umwandlung gesehen von einem totalitären kommunistischen System hin in eine marktwirtschaftlich geprägte Weltgesellschaft, eine Demokratie. Und in diesen 15 Jahren hatten wir die Zeit, eine marktwirtschaftlich basierte Gesellschaft zu entwickeln. Es war eigentlich nur eine kurze Zeit, um eine Zivilgesellschaft zu entwickeln und um die Qualität der öffentlichen Verwaltung sicherzustellen. Es war nur eine kurze Zeit, um die Instrumente für die Planung zu entwickeln. Möglicherweise war es aber lang genug, damit die Bürger sehen, dass sich die unsichtbare Hand des Marktes in den physischen öffentlichen Räumen bemerkbar macht.

Warschau war eine Stadt, die geteilt war. Sie war aufgeteilt in unabhängig von einander agierende acht bzw. 13 Distrikte. Es war eine virtuelle Stadt – ein Zusammenschluss von Bezirken. Diese Situation war natürlich für die Planung nicht gut, weder für eine großstädtische Planung noch für irgendeine andere Art von Planung. Aber hier zeigte sich die Situation, dass jeder überzeugt war, dass Planung überhaupt nicht notwendig wäre. Planung, so sagte man damals, das ist doch von den Kommunisten entwickelt worden, und jeder erinnerte sich an diese Fünf- oder Zehn-

Jahrespläne mit dem Ergebnis, dass man eigentlich gar nichts zur Verfügung hatte. Planung war also überhaupt nicht beliebt. Das Parlament hat dann die Vereinigung der Stadt herbeigeführt. Seit zwei Jahren ist es also eine einzige Stadt Warschau mit einem gewählten Präsidenten der Stadt, der die gesamte Exekutivmacht unter sich hat, der also die exekutive Befugnis hat. Hier sehen wir die Organisation unserer Stadt. Wir haben den Präsidenten mit vier Vizepräsidenten, dann haben wir unsere Abteilung. Wir befassen uns mit Architektur, mit Zulassungen und Planungen. Wir verfügen über eine zentrale Division, wir haben 18 Bezirksteams für die 18 Bezirke in Warschau. Das ist unser Raumplanungssystem. Bevor ich darauf zu sprechen komme, möchte ich einige Bemerkungen machen hinsichtlich der Entwicklung in der Stadt, vor allen Dingen vor dem Hintergrund der Entwicklung der letzten Jahre.

Warschau ist eine schnell wachsende Stadt, oftmals vollständig ungesteuert, unkontrolliert. Wir haben keine Stadtentwicklungspläne, Detailpläne, Bebauungspläne. Aber wir bauen in der Stadt immer noch 10.000 Apartments pro Jahr. Und in den letzten zehn Jahren gab es zwei Millionen Quadratmeter von Einkaufsflächen, die gebaut wurden, zwei Millionen Quadratmeter Büroflächen, ohne Planung, ohne jegliche zugrunde gelegte Planung. Wir haben es immer noch mit einer Situation zu tun, in der viele Politiker, viele Mitglieder des Parlamentes, Architekten und Bauherren überzeugt sind, dass sich die Vorschriften so entwickeln, dass es möglich sein sollte, Baugenehmigungen ohne Planungsvorgaben zu erhalten. Hier zeigt sich, wie diese 15 Jahre vorbeigegangen sind und wie dieser Übergang in die andere Gesellschaftsform, auch wenn er sehr erfolgreich war,

doch noch viele offene Aufgaben zurückgelassen hat. Das ist ein Beispiel: Wir sehen also die Fläche von Warschau, und nur in zwei Distrikten gab es Planungen, Bebauungsplanungen, Stadtplanungen. Die anderen Bezirke sind vollständig ohne Planung weiterentwickelt worden. Wir haben 2001 einen Plan entwickelt, zu einer Zeit also, als Warschau noch geteilt war. Jetzt brauchen wir ein neues Dokument. Wir müssen mit einem Entwicklungsplan anfangen, über den wir verpflichtet werden, bestimmte Vorgaben einzuhalten. Der Entwicklungsplan wird Vorgaben machen hinsichtlich der Dichte, der Höhe der Bebauung, der Grünflächen und der Funktionsverteilung in einer Weise, wie das in Warschau bisher seit ungefähr den 30er Jahren nicht mehr getan worden ist. Die polnische Tradition der letzten 50 Jahre war so, dass die kommunistische Partei kein Interesse daran hatte, die lokalen, die örtlichen Gemeinschaften als unabhängige demokratische Einheiten zu entwickeln. Mit dieser Situation haben wir es immer noch zu tun.

Hier nur einige Beispiele für das, was wir derzeit tun. Warschau wächst. Wir mussten einige Bereiche definieren, von denen wir meinen, dass hier neue Entwicklungen möglich sind. Gleichzeitig haben wir Bereiche definiert, wo keine weitere Entwicklung möglich sind. Warschau könnte doppelt so viele Einwohner haben, vielleicht in 20, 30 Jahren, wer weiß das schon richtig genau. Aber wir sind sicher, das wird kommen, denn in einigen Gemeinschaften haben wir mehrere 100.000 Pendler, die nach Warschau reinpendeln und die davon träumen, auch mal da zu leben.

Hier sehen wir die Höhenplanung und die Grünflächenplanung. Wir haben viele Grünflächen in der Stadt. Das ist eines der Merkmale

von Warschau, der urbanen Geographie Warschaus. Auf den Fluss werde ich später noch einmal zu sprechen kommen. Die Verkehrsprobleme sind natürlich sehr groß, aber nicht so groß wie in anderen westeuropäischen Ländern. Die Anzahl der Kraftfahrzeuge ist innerhalb der letzten 15 Jahre um den Faktor sechs gewachsen. Aber das Straßennetz ist vollständig gleich geblieben. Die Anzahl von Parkflächen wurde erhöht. Man kann also jetzt überall parken. Und die Menschen parken überall, das ist natürlich ein Problem. Hier sieht man, was wir an Straßennetz haben bzw. was wir nicht haben. Das ist die Situation, wie sie sich darstellt: Wir haben keine Ringstraßen in Warschau.

Der Fluss Vistula ist sehr interessant. Er ist nicht reguliert. Er kann also manchmal über die Ufer treten, manchmal vier, manchmal sechs Meter über Normalpegel. Aber es ist ein natürlicher Fluss. Einige Bereiche wurden als Nationalparks deklariert. Jene Parks, jene Teile des Flusses waren vor 60, 70 Jahren Industriegebiete, und jetzt haben wir dort eine sehr einzigartige Flora und Fauna. Natürlich ist es sehr interessant zu sehen, wie sich diese Ressourcen weiterentwickeln, denn wir sehen es als eine Ressource für die Stadt an. Wir glauben nicht, dass der Fluss reguliert oder kanalisiert wird. Es ist einfach etwas, was sich als eine besondere Situation darstellt, denke ich. Wir entwickeln auch Fahrradwege, auch wenn es gar nicht so viele Fahrradfahrer gibt bei uns. Aber das ist etwas, woran wir glauben, dass es wert ist, entwickelt zu werden. Nun, die Tatsache, dass ich für 25 Jahre in Stockholm gelebt habe, erläutert, warum wir darüber nachdenken.

Ich möchte mich nun auf drei Projekte konzentrieren, die derzeit vorangetrieben werden. Wir haben zentral um den Kulturpalast herum, das ist ein Geschenk von Onkel Stalin, den Defilad Square. Hier ist auch unser Büro angesiedelt, mein Fenster ist auf der anderen Seite im 13. Geschoss. Dann haben wir die Krakowskie-Przedmiescie, das ist eine königliche Straße, die nach Krakau herunterführt. Sie soll ausgebessert, verbessert werden. Und dann haben wir den Pilsudskiego Square. Hier gibt es einen Kreisverkehr um den Saskigarten, der von August dem Starken angelegt worden ist. Hier gibt es auch einen Palast, der ebenfalls von ihm erbaut worden ist. Der wurde oftmals wieder aufgebaut. Und in dieser Freifläche hier wird wieder ein Teil Stadt angesiedelt werden.

Ich möchte einige Worte über unsere Vorgehensweise verlieren. Wegen der militärischen Organisation der Stadt – also einer hat die gesamte exekutive Macht – ist es so, dass diese Exekutivmacht Hilfe braucht. Dieser Teil der Stadt wird erneuert, saniert. Vielleicht ist es gefährlich, das so schnell zu tun, wie wir es tun, aber möglicherweise gibt es keine andere Möglichkeit. Mein Büro, meine Abteilung ist verantwortlich für die Durchführung dieser Sanierung. Was tun wir? Wir vergrößern die Verkehrsflächen und auch die Flächen für den Fußgängerverkehr. Hier haben wir einen großartigen Platz am Universitätsgelände in der Mitte der Stadt, und gegenüber ist der Eingang zur Akademie der bildenden Künste. Hier sehen wir ein vollkommen neues Gebäude am Kopfende des Platzes, das sich in den Bereich einfügt. Es wurde von Sir Norman Foster geplant und hat viele Preise gewonnen. Hier geht die Achse hindurch. Diese Saski-Achse ist eine der bedeutendsten stadtbaulichen Elemente War

schau. Der Palast wird aufgebaut, natürlich nicht mehr in der Form wie August der Starke ihn geplant hat; er unterscheidet sich vollständig davon. Hier wird ein anderer Palastteil aufgebaut und ein anderes Gebäude ebenfalls angebunden. Wir sind jetzt in dem Ausschreibungsverfahren für die Bebauung dieses Platzes. Hier ist ein großes Gebiet am Kulturpalast. Warschau ist möglicherweise weltweit die einzige Hauptstadt ohne Zentrum. Wir haben kein Stadtzentrum, sondern das wird um den Kulturpalast herum gebaut werden, 500.000 m² Grundfläche, einige Milliarden Euro Bauvolumen. Hier sehen wir den Kulturpalast, die Hauptstraße in Warschau. Hier sehen wir die Bahn, U-Bahn, den Neuen Platz. Und das ist nicht nur ein Handelszentrum, Einzelhandel, sondern hier haben wir auch das Museum für moderne Kunst mit 35.000 m² Fläche. Und das ist natürlich eine sehr, sehr wichtige Planung für die Entwicklung der gesamten Stadt.

Ich möchte abschließend kurz auf die Zusammenarbeit zwischen Warschau und Berlin zu sprechen kommen. Wir hoffen, dass diese Zusammenarbeit sich noch ausdehnt. Wir können viel lernen, unsere Politiker ebenfalls, hinsichtlich der Planungsmöglichkeiten. Wir arbeiten im Metropolitan Areas Projekt mit. Und Herr Reksnis ist der verantwortliche Leiter. Es gibt Hunderte von Projekten, über die ich sprechen könnte. Wir haben Brücken, Wasserwege, alles muss noch getan, entwickelt und geplant werden. Ich glaube, dass Warschau ein Wachstumspotenzial hat, eine starke Wirtschaft derzeit. Die Schulden pro Kopf sind 15 mal kleiner als in Berlin. Das ist natürlich eine gute Situation. Das zeigt aber auch, dass wir mehr Geld ausgeben könnten, insbesondere für öffentliche Räume und öffentliche Vorhaben.

Nun, hinsichtlich der Frage der metropolitanen Gebiete: Warschau ist ein Großstadtgebiet, dass ungefähr fünf Millionen Einwohner umfasst. Innerhalb von ungefähr zehn Jahren, denke ich, wird sich das Behördensystem in Warschau verwandelt haben. Denn dann haben wir es mit einem Gebiet zu tun, das sich sicherlich vergrößert hat. Es ist schwierig, die Stadtgrenzen der Zukunft wirklich festzulegen, das ist sicherlich auch für Berlin schwierig, aber es ist eine Notwendigkeit, die behördlichen Strukturen dem Wachstum anzupassen.

Vielen Dank.

Herr Prof. Krautzberger

„Die Stadt der Veränderung“, das war jetzt also nach Berlin auch Warschau mit einigen für viele von uns überraschenden Schlaglichtern bis hin zu dem Punkt, dass Warschau erst seit zwei Jahren geeint ist, wie Sie das als Planer formuliert haben. Veränderungen mit starken Wachstumserscheinungen, das ist sicher eine Besonderheit, die Warschau von vielen anderen Metropolen unterscheidet. Es war auch sehr interessant, wie Sie die Stadtentwicklungspolitik aus großen urbanen und integrierenden Projekten heraus erläutert haben, und dann unmittelbar auf den Beitrag von Herrn Faludi eingegangen sind, der am Schluss die Notwendigkeit von Netzwerken begründete für diejenigen Städte, die sich nicht im Pentagon befinden, um diesen Ausdruck noch einmal aufzugreifen. Das war auch eine der Fragen, die draußen auf dem Bildschirm erschien, wie dieser Prozess diejenigen Staaten einbezieht, die nicht an dem EUREK mitgewirkt haben. Ich meine, vielen von Ihnen wird es so gegangen sein wie mir, als wir diese Karte von Herrn

Faludi von dem EUREK-Prozess sahen, dachten wir, da fehlt jetzt irgendwas. Das sah aus wie die alten Wetterkarten, die wir bis vor 15 Jahren in Deutschland kannten, auf denen immer die eine Hälfte fehlte.

Vielen Dank nochmals, Herr Borowski, für Ihren Beitrag.

Dann würde ich Herrn Pirhofer gleich bitten fortzufahren. Ich hatte schon die Gelegenheit gehabt, Sie als Vertreter der „Zukunfts.Station Wien“ vorzustellen, der uns die Stadtentwicklungsstrategien der Stadt Wien vorstellt.



Herr Gottfried Pirhofer,
Zukunfts.Station Wien

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe mich sehr gefreut über die Einladung, hier am Stadtforum Berlin teilnehmen zu können. Vor allem darüber, dass es das Stadtforum wieder gibt. Ich war nicht ganz so glücklich über den Anspruch an mich, in 15 Minuten die Wiener Strategien an ein Berliner Fachpublikum zu kommunizieren, zusätzlich mit dem Anspruch, dass möglichst ein Gebrauchswert oder Anregungen entstehen. Dies scheint mir schwer möglich. Ich bin generell ein bisschen skeptisch gegenüber diesen Modellen von „best practices“, also der schnellen Übertragbarkeit von guten Lösungen. Ich glaube viel mehr an die

präzise Herausarbeitung von lokalen Wissensbasen, also mit präzisen Kenntnissen des Feldes, des Kontextes, der Rahmenbedingungen, der Potenziale, der Herausforderungen und Chancen. Das ist ja auch, glaube ich, die Aufgabe des Stadtforums, in diesem Feld diskursiv tätig zu sein. Insofern ist das eher ein symbolischer Auftritt als eine reale Anregung an das Stadtforum in seiner Tätigkeit.

Ich war sehr beeindruckt von den Ausführungen der Frau Senatorin für Stadtentwicklung. Ich würde sämtliche Einschätzungen, und das ist das Paradoxe, sämtliche Einschätzungen aus der Sicht Wiens teilen – vielleicht mit einer kleinen Differenz. Natürlich gibt es eine Fülle von Unterschieden in der Größenordnung der Städte, in der Historizität, in der Stadtstruktur, auch in der Stadtgestaltung, im öffentlichen Raum, im Querschnitt der Straßen etc., etc. Trotzdem gibt es gemeinsame Herausforderungen und auch Definitionen von Chancen. Der einzige wirkliche Unterschied ist vielleicht der Ausdruck des Paradigmenwechsels, oder vorsichtiger formuliert, von der Wachstumskonzeption zu einer Qualitätsstrategie. In Wien war man eigentlich nie in dieser rasanten Wachstumseuphorie. Als wir vor zehn Jahren festgestellt haben, Wien verliert nicht mehr Einwohner, sondern gewinnt wieder Einwohner hinzu, ist die Formel aufgetaucht, Wien wächst wieder. Das war sozusagen ein euphorisches Erlebnis. Es ist aber ein relativ sanftes Wachstum, in der längeren Sicht quasi ein Nullwachstum, könnte man sagen, was aber nicht heißt, dass nicht Qualitätszugewinne dabei stattfinden, und zwar permanent. Insofern hat sich diese Frage für Wien so nicht gestellt, im Gegenteil: Jetzt scheint bei aller Skepsis von Prognosen usw. wieder ein neuer Wachstums

schub denkbar aufgrund der europäischen Wertung und der besonderen geopolitischen Lage – wenn Wien die Chancen optimal nutzt, wofür gewisse Voraussetzungen vorhanden sind.

Ich komme jetzt zum eigentlichen Thema „Strategieplan“, und hätte nur zwei anschließende Fragen an die Frau Senatorin. Sie haben die Einschätzungen und die Ziele für mich optimal formuliert, ich stelle nur die Frage: Spricht jetzt die Stadtplanung, Stadtentwicklung oder spricht die Stadt, also die gesamte Stadtpolitik und der gesamte Magistrat? Subfrage: Wäre es denkbar, dass es innerhalb der Abteilungen, also der Geschäftsgruppen, der politischen und der magistratlichen, dass es da auch Zielkonflikte und Widersprüche gibt?

Nächste Frage: Sie haben von der Stadt Berlin gesprochen. Die Thematik von Umland und von Region – also Umland im engeren Sinn, Region im weiteren Sinn – als standortpolitische Frage und der strategische Umgang damit würde mich auch interessieren.

Ja, und jetzt komme ich dazu – ich versuche in aller Kürze zu kommunizieren, und die Zeit läuft –, dass Wien einen Strategieplan entwickelt hat. Jetzt kann man zu Strategieplänen stehen wie man will. Historisch war es so: Es war eine Initiative eines früheren Stadtrates für Planung, der im Übrigen von der Wirtschaft gekommen ist und der gesagt hat, schön und gut, Wien hat einen wunderbaren Stadtentwicklungsplan, einen räumlichen Plan, wo ist aber die Strategie in der Wirtschaft etc. Er hat dann der Stadtplanung nahegelegt, einen Strategieplan zu erarbeiten. Die Stadtplanung war damit nicht glücklich, weil sie einen guten starken Entwicklungsplan hatte und sich nicht in die Wirtschaft einmischen wollte, in das Soziale, in die Umwelt –

soweit sie nicht sowieso so einem räumlichen Stadtentwicklungsplan immanent sind. Aus diesem Grund entstand die Idee, dieses Thema auszugliedern. Es ist im Wesentlichen eine kleine Institution, ein Verein, in dem ich mitarbeite. Es ist ein Auftrag ergangen, für die Stadt Überlegungen, Konzepte in Richtung eines Strategieplans zu entwerfen.

Das war relativ zähe Arbeit. Über drei Jahre war sie dann aber letztlich so erfolgreich, dass sie in einem Plan mündete – auf dem Papier jedenfalls. Die Inhalte bieten eine Handlungsorientierung, d.h. Ziele und in Ansätzen Umsetzungsprogramme sowie eine Reihe von strategischen Projekten. Wobei man dazu sagen muss, dass es viele dieser Projekte schon gegeben hat. Sie sind aber nun strategisch geprägt und sie haben eine Etikette bekommen. Das heißt, die Projekte haben als strategisches Projekt eine besondere Aufmerksamkeit erfahren, sind nach bestimmten Selektionskriterien dazu erhoben worden.

Nachdem der Strategieplan vorlag, folgte die Frage: Was jetzt? Der Auftrag lag nun in der Umsetzung. Ein Strategieplan ist per Definition stark umsetzungsorientiert. Das heißt, er ist in dem Sinn nicht rechtlich verbindlich, aber er setzt auf starke Akteure, auf ein Commitment, auf Ziele, auf ziemlich klar definierte Handlungsprogramme, Umsetzungsmaßnahmen in Projekten mit ausgewiesenen Ressourcen, mit klaren Akteuren, Verantwortlichkeiten, Zeithorizonten sowie evtl. auf Erfolgsindikatoren und Monitoring.

Der Auftrag der Umsetzung hat gezeigt, dass es gar nicht so einfach ist. Da waren die schönen Ziele und die Projekte, die sich entwickelt haben usw. Dazwischen gab es viele Lücken, er war sehr selektiv. Aus diesem Grund haben

wir einen neuen Anlauf unternommen und haben durch die intensive Arbeit im Magistrat mit sehr vielen Kompetenzträgern diesen Plan noch einmal weiterentwickelt – und zwar mit dezidierter Verantwortlichkeit aller Geschäftsgruppen. Beim ersten Strategieplan war es nämlich so, dass der Staatsrat für Stadtentwicklung von der kleineren Koalitionspartei zwar vom Bürgermeister in die Richtung eines speziellen Strategieplans unterstützt worden ist, die anderen Geschäftsgruppen aber den Plan nicht ähnlich mitgetragen haben und mitgezogen sind. Das Entscheidende war die Herstellung eines politischen Commitments, damit die Strategie, das, was dort geschrieben wird, auch wirklich ernst genommen wird. Dafür war wiederum eine Realistik die Voraussetzung. Das heißt, es machte keinen Sinn, den Brief ans Christkind zu erfinden, sondern es wurde im Wesentlichen versucht, latent vorhandene Ziele und Aktivitäten bewusst zu machen, zu vernetzen, zu stärken, auch auszuwählen, zu bündeln und genau zu schauen, dass sie im Prozess wirklich umgesetzt werden.

Dies zur Unterscheidung von Strategie- und Stadtentwicklungsplan. Ich glaube schon, dass

im Ergebnis jetzt eine relativ hohe Identifikation vorhanden ist. Es sind jetzt Schwerpunkte und auch neue Initiativen zu verzeichnen, die ohne Strategieplan so nicht zustande gekommen wären. Und es gibt ein paar Orientierungen, die von Seiten einzelner Kompetenzträgern schon da waren, nun aber verbreitet und fast so etwas wie ein „common sense“ der Stadtpolitik geworden sind, z.B. die offensive Orientierung Wiens im Rahmen der Erweiterung der Europäischen Union. Das heißt, vor fünf Jahren – obwohl wir das damals schon formuliert hatten – war es noch längst nicht in den Köpfen der Bevölkerung, aber auch der Politik und des Magistrats, dass diese offenen Grenzen erstens ein Faktum sein werden, zweitens, dass sie eine Herausforderung sein werden und drittens, dass sie eine große Chance bedeuten – und zwar wirtschaftspolitisch, arbeitsmarktpolitisch, aber auch kulturell und standortpolitisch etc. Bestimmte Paradigmen sind durch den Strategieplan sehr viel klarer und sind mittlerweile auch zu starken Projekten geworden. In der Umsetzung wurden 40 Projekte untermauert. Das ist ungefähr der Stand derzeit.

Die strategischen Projekte

Schwerpunkte in der Umsetzung von Leitbild und Zielen

42 strategische Projekte - davon **24 neu** - darüber hinaus Erweiterung und Vertiefung der Maßnahmenprogramme

1 Wien engagiert sich in Europa und verstärkt regionale Kooperationen

CENTROPE • JORDES+ • Transeuropäische Netzwerke (TEN) – INTERREG-Projekt „CENTRAL“ • Stadt-Umland-Management (SUM)

2 Wien schafft neue Perspektiven für Wirtschaft und Arbeit

Cluster-Initiativen • Strategische Allianz mit den Austria Research Centers (ARC) • Technologieparks • Labour Market Monitoring (LAMO) • Überregionale Beschäftigungsstrategie • Das Cluster Support Programm (CSP)

3 Wien investiert in Wissen, Bildung, Kultur und Freizeit

Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds (WWTF) •

Wissensmanagement im Magistrat • Mozart 2006 • Innovation der Theaterszene • Kunstplatz Karlsplatz • Kinderquartier im Museumsquartier • einfach-mehrfach • Prater – Messe – Krieau – Stadien

Die strategischen Projekte Schwerpunkte in der Umsetzung von Leitbild und Zielen
<p>4 Wien stärkt die Qualität von Naturraum und Stadtraum Grüngürtel Wien • Biosphärenpark Wienerwald • Wiener Arten- und Lebensraumschutzprogramm <i>Netzwerk Natur</i> • Kabelwerk Meidling • „Bahnhof Wien – Europa Mitte“ mit „Stadtteil Wien Südbahnhof“ • Aspanggründe • Stadtentwicklungszone Neu Erdberg/ Simmering („maiswien“) • Flugfeld Aspern • „Zu Fuß in Wien“ – Qualitätsmanagement • Zielgebiet Gürtel • Revitalisierung von Einkaufsstraßen • Öffentlicher Raum und „50 Orte-Programm“ • Donaukanal</p> <p>5 Wien bleibt Stadt der Lebens- und Umweltqualität Gender Mainstreaming – Pilotbezirk und Musterbezirke • Geschlechtssensible Kinder- und Jugendspielplätze • Integrations- und Diversitätsmanagement • Lokale Agenda 21-Prozesse in den Bezirken • Wiener Gesundheitsförderungsprogramm • „Ein Herz für Wien“ •</p> <p>Thermisch-energetische Wohnhaussanierung – THEWOSAN ● Klimaschutzprogramm der Stadt Wien • ÖkoBusinessPlan • ÖkoKauf Wien • PUMA – Umweltmanagement in Amtshäusern der Stadt Wien</p>
Strategieplan Wien stadentwicklung Stadt+Wien

Herr Prof. Krautzberger

Vielen Dank Herr Pirhofer für den sehr konzentrierten Beitrag. Ich glaube, in der Kürze und Präzision war er doch sehr eindrucksvoll – gerade der letzte Gesichtspunkt, den Sie ja mit Ihrer vorsichtigen Frage, ob es etwa Konflikte in Berlin zwischen Stadtplanern und anderen geben könnte, vorbereiteten: die Überlagerung von Stadtentwicklungs- mit Strategieplanung. Wobei ich in meinem Urverständnis von Stadtentwicklungsplanung immer gedacht habe, das wäre auch eine Strategieplanung – jedenfalls ganz am Anfang mal, vor 30 Jahren, als man es so entwickelte. Aber das ist interessant. Das hat sich in der Tat immer stärker zur Stadtplanung hin entwickelt.

Auch waren es an die Senatorin schon eine Vielzahl von Fragen.

Und: Ich bin sehr beeindruckt, wie man es verstehen kann, Wachstum so gelassen und von der Seite her zu betrachten, wie Ihnen das gelungen ist, Herr Pirhofer. Vielen Dank. Ich

glaube, in der Diskussion können wir darauf gut zurückkommen.

Herr Rosemann, dann darf ich Sie bitten, zu uns zu sprechen – jetzt aus dem Westen, mitten aus dem Pentagon – und von den Perspektiven bzw. über die Strategien in der Stadt und der Region Rotterdam zu berichten.



Herr Prof. Jürgen Rosemann, Universität Delft

Danke sehr, Herr Krautzberger. Ich muss sagen, ich freue mich ganz besonders, an dieser Auftaktveranstaltung oder vielleicht sollte man besser sagen Durchstartveranstaltung des Stadtforums teilnehmen zu dürfen. Ich möchte heute also über Rotterdam, über die Stadt-

region, die Stadt Rotterdam und die Einbettung Rotterdams in das größere Ganze, die Deltametropole, berichten und die damit zusammenhängenden Strategien erläutern.

Rotterdam schmückt sich gerne mit Superlativen. Dazu gehört vor allem, dass Rotterdam über den größten Hafen der Welt verfügt. Größter Hafen der Welt, auch mit einem großen Abstand, wenn man Rotterdam vergleicht mit anderen europäischen Häfen. Auf der anderen Seite muss ich sagen, werde ich ganz bescheiden, wenn ich dann über Rotterdam selbst sprechen muss. Rotterdam hat z.Zt. weniger als 600.000 Einwohner. Verglichen mit den anderen hier präsentierten Metropolen fällt das ins Nichts. Etwas anders sieht es schon aus, wenn man von der Stadtregion Rotterdam spricht. Stadtregion Rotterdam, das ist ein Planungsverband von 18 Gemeinden, die gewisse Planungshoheiten in eine gemeinsame Institution zusammengefasst haben. Diese 18 Gemeinden verfügen immerhin schon über 1,2 Millionen Einwohner. Und vielleicht mehr vergleichbar wird es dann, wenn wir von der Randstad Hollands sprechen oder, wie wir heute sagen, von der Deltametropole – also jenem Städteband, das sich von Utrecht, Amsterdam, Den Haag bis Rotterdam hinzieht; eine verdichtete, verstädterte Zone, die über rund sechs Millionen Einwohner verfügt.

Was sind nun die Herausforderungen für Rotterdam? Und da spreche ich sowohl über die Herausforderungen der Gemeinde, der Stadt Rotterdam als auch der Stadtregion. Einige dieser Dinge werden Sie vielleicht sofort wiedererkennen aus dem Referat von Frau Senatorin Junge-Reyer. Die Zielsetzungen sind durchaus ähnlich, nur gibt es in Rotterdam einige spezifische Zuspitzungen. Dazu gehört zunächst ein-

mal ein Paradox: Holland, die Niederlande haben im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern immer noch ein anhaltendes Bevölkerungswachstum. Hier sind die Wachstumsprognosen, gezeigt in dieser Grafik, und die untere Prognose gilt mittlerweile auch nicht mehr als sehr wahrscheinlich. Also wir haben es mit einem anhaltenden Bevölkerungswachstum zu tun, aber die Kernstädte in Holland und insbesondere Rotterdam verlieren Einwohner. Sie haben mit Wanderungsverlusten zu kämpfen. Das Problem ist darüber hinaus, dass diese Wanderungsverluste in Rotterdam besonders selektiv sind. Es sind vor allem die höheren Einkommensgruppen, die die Stadt verlassen. Die Stadt wird also immer mehr zum Wohnort der Armen, der sozialen Problemgruppen. Dies ist eine wichtige Problemkategorie.

Zweitens, und da komme ich auch mit der Banane, in diesem Falle der Kreuz-Banane. Rotterdam liegt nicht nur am Kreuzungspunkt dieser zwei wichtigen Bananen des europäischen Wirtschaftswachstums, sondern auch im Zentrum des Pentagons, das Herr Faludi beschrieben hat. Und darüber entstehen natürlich ganz besondere Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung. Die Niederlande haben in den letzten ca. 15 Jahren eine lang anhaltende Phase wirtschaftlicher Prosperität erlebt. Zur Zeit haben wir einen gewissen Rückgang. Aber immerhin ist die Stadtentwicklung in den vergangenen Jahrzehnten doch sehr stark von wirtschaftlicher Prosperität geprägt worden. Aber innerhalb der Stadt, innerhalb der Randstad Holland, innerhalb der Delta-Metropole gibt es einen relativen Rückstand der Stadtregion Rotterdam. Rotterdam geht es also am schlechtesten von all den genannten Städten in der Delta-Metropole.

Und ein letzter Faktor: Rotterdam verfügt zwar über den größten Hafen der Welt, aber dieser Hafen braucht immer weniger Arbeitsplätze. Wir haben es nämlich gerade in der Hafentechnologie mit einer gewaltigen Produktivitätssteigerung zu tun – Container, die weitgehend automatisiert gesteuert werden usw. –, so dass also immer weniger Leute im Hafen arbeiten, so dass sich der Rotterdamer Hafen eigentlich immer mehr von der Stadt entfernt, nicht nur räumlich entfernt, sondern auch, was die Bedeutung des Hafens für die Stadt betrifft.

Und ein allerletzter Punkt, den ich hier ganz kurz noch ansprechen möchte, ist der demographische Wandel, vor allen Dingen der große Anteil, steigende Anteil der älteren Bevölkerung, die auch wiederum besondere Herausforderungen an die Stadtentwicklung stellt.

Um nun zu den Strategien zu kommen: Zunächst einmal gibt es ein ganzes Bündel von Strategien, die mit dem Wohnen zu tun haben. Und die reagieren auf die genannten Problemstellungen im Wohnungsbereich. Zunächst einmal hat Rotterdam eine gewisse Vorreiterfunktion gehabt in der Diskussion über das, was in den Niederlanden "Wohnmilieudifferenzierung" genannt wird. Wohnmilieudifferenzierung, das bedeutet eine größere Differenzierung im Wohnen und in der Wohnumgebung, eine bessere Reaktion auf unterschiedliche Lebensstile und Anforderungen verschiedener Bevölkerungskreise. Dazu gehört, dass sehr frühzeitig in Rotterdam darüber nachgedacht wurde, die verschiedenen Wohngebiete in der Stadt besser zu profilieren, Unterschiedlichkeit zu betonen. Hier sehen Sie einen Plan aus den 80er Jahren, und einfach mal zum Vergleich: Das ist

eine entsprechende Profilierungskarte aus den 90er Jahren.

Ein zweiter Punkt, der gegenwärtig im Programm der städtischen Erneuerung aufgenommen ist, ist die Verbesserung der Wohnumgebung. Zu lange hat man in Rotterdam einfach nur quantitativ Wohnungen ergänzt und zu wenig auf ihre Qualität und vor allem die Qualität der Wohnumgebung geachtet – der Standorte und der Standortqualität.

Die Abwanderung, vor allen Dingen höherer Einkommensgruppen, hat einen zusätzlichen Programmpunkt hervorgebracht, nämlich dass Rotterdam nun in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren für höhere Einkommensgruppen bauen will. Es ist ein Programm, die Stadt gerade für höhere Einkommensgruppen attraktiv zu machen. Dazu zählt z.B., dass man vor allen Dingen auch die Standortgunst, Wohnen am Wasser, nutzen will, also neue Wohnformen, neue attraktive Wohnformen am Wasser entwickeln will, um hier diejenigen in der Stadt zu halten oder wieder in die Stadt zu ziehen, die gegenwärtig die Stadt verlassen. Ein letzter Programmpunkt in diesem Neuerungsprogramm ist, dass man stärker als in der Vergangenheit Wohnungsangebote für Senioren als eine Problemgruppe auf dem Wohnungsmarkt und für so genannte Starterhaushalte, die andere Problemgruppe auf dem Wohnungsmarkt, schaffen will.

Ein zweiter Punkt betrifft die wirtschaftliche Entwicklung. Und hier ist schon verschiedentlich der enorme Druck angesprochen worden, der für die Gemeinden durch die zunehmende Konkurrenz auf nationaler, auf internationaler und insbesondere auf europäischer Ebene entsteht. Um darauf zu reagieren, hat Rotterdam zunächst einmal damit zu tun, sich international

als Hafenstadt weiter zu profilieren. Gerade vor wenigen Monaten sind mit Hilfe der Reichsregierung große Investitionen beschlossen worden, um den Rotterdamer Hafen weiter auszubauen und vor allen Dingen auch mit weitergehenden Technologien zu versehen. Dazu gehört ein ganzer Bereich, in die Nordsee hineingetrieben, um neue Hafenflächen zu erschließen. Im Grunde genommen ist es die Fortsetzung dieses Konzepts, Rotterdam als Hafenstadt, als führende Hafenstadt weiterzuentwickeln – gerade auch in der Konkurrenz zu Hafenstädten wie Antwerpen – und sich in dieser Konkurrenz zu behaupten.

Ein weiterer Punkt der wirtschaftlichen Entwicklung hat mit einem tiefgreifenden Strukturwandel zu tun. Rotterdam war in der Vergangenheit in erster Linie eine Industrie- und Hafenstadt. Das prägte die Stadt als Arbeiterstadt. Jetzt werden in zunehmendem Maße Maßnahmen ergriffen, schon seit ungefähr 10 Jahren, um den Strukturwandel von der Industrie zur Dienstleistung zu verstärken. Große Bürokomplexe usw. entstehen, auch gerade durch die Nutzung, durch die Umnutzung der ehemaligen oder alten Hafengebiete in begünstigten Wasserlagen.

Ein letzter Punkt, der von jeher in Rotterdam eine wichtige Rolle spielte, ist die Förderung der Quartiersökonomie, also der kleinteiligen Ökonomie, der kleinteiligen Durchmischung vor allen Dingen der alten Quartiere. Es soll verhindert werden, dass diese alten Quartiere nur noch Wohnorte sind. Gerade diese Quartiere sollen lebendige Stadtquartiere sein. Dazu wird hier auch eine Art Starterökonomie gefördert. Soweit die wirtschaftliche Entwicklung.

Ein dritter Programmpunkt Rotterdams – ich habe ihn mal übersetzt mit „intensive

Raumnutzung“ – würde wörtlich übersetzt „sorgfältige Raumnutzung“ heißen. Dazu gehört, dass man die Wachstumsanforderungen nicht mehr außerhalb der Stadt oder auch durch Stadterweiterung realisieren will, sondern innerhalb des bestehenden Stadtgebietes. Und hierzu gibt es zwei wichtige Maßnahmen. Die eine ist die Umnutzung von Industriebrachen und Hafengebieten. In dieser Entwicklung spielt Rotterdam eine ganz wichtige Rolle; hier werden gerade die veralteten Hafengebiete für neue Wohngebiete, aber auch für neue Gewerbegebiete, für Büros usw. umgenutzt. Die zweite Maßnahme ist vielleicht noch wichtiger. Sie betrifft eine Philosophie, dass man versucht, die Knotenpunkte des öffentlichen Verkehrs intensiver zu nutzen, um dem steigenden Verkehrsaufkommen entgegenzutreten. Wir sprechen da von einer neuen Zentralität. Und um diese zentralen Punkte in der Stadt intensiver zu nutzen, gerade in diesen Bereichen zu verdichten, werden darauf die städtischen Wachstumspotenziale gerichtet. Diese Karte zeigt, wie in der Gemeinde Rotterdam diese Knotenpunkte genutzt werden. Auf all diesen roten Punkten sind z.Zt. Neubauprojekte, neue Entwicklungen in Gang gesetzt worden.

Nutzungsintensivierung der Knotenpunkte und des öffentlichen Verkehrs, das heißt also nicht mehr wie in der Vergangenheit, neue Standorte erschließen, sondern die am besten erschlossenen Standorte intensiver zu nutzen. Dieses Konzept gibt es in Rotterdam, aber dieses Konzept gibt es in derselben Weise auch in der gesamten Randstad.

Auf dieser Karte sehen Sie einmal die Konsequenz eines solchen Konzeptes – in diesem Falle für die gesamte Randstad –, nämlich dass

entlang der öffentlichen Verkehrslinien, des Netzwerkes des öffentlichen Verkehrs, neue Bürostandorte entstehen und damit zugleich eigentlich ein neues Modell von Stadt entsteht. Es entsteht nämlich ein Modell von Stadt, in dem nicht mehr die historisch gewachsene Stadt, die Verbindung von historischem Stadtkern und Peripherie, im Mittelpunkt steht, sondern diese neuen zentralen Orte, deren Verbindungsqualität untereinander vielfach höher ist, als die Verbindungsqualität zu den alten Stadtkernen. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von der Netzwerkstadt, die auf diese Weise entsteht. Eine Stadt, die auf dem Netzwerk des öffentlichen Verkehrs basiert.

Hier sehen Sie einige Beispiele, Projekte, die z.Zt. in der Entwicklung sind. Die so genannte Südachse von Amsterdam ist vielleicht das größte Projekt in Holland überhaupt. Auf dem Plan sehen Sie das relativ weit oben. Oder hier: der Hauptbahnhof von Den Haag, gerade vor einem Jahr fertiggestellt. Auf diese Weise entstehen solche zentralen Orte, deren gemeinsames Kennzeichen ist, dass sie mit hoher Geschossflächenzahl intensiv genutzt werden, dass sie mit vielfältigen Nutzungsmischungen versehen sind und dass sie auf diese Weise eine neue Urbanität erzeugen sollen. Und links sehen Sie dann, wie sich dieses Netzwerk in Zukunft weiterentwickeln kann, gerade auch im Hinblick auf die Nutzung des öffentlichen Verkehrs.

Ja, und damit sind wir eigentlich bei dem zentralen Thema der Raumentwicklung der Niederlande, nämlich der Umwandlung der Randstad Holland, wie wir sie aus der Literatur, aus der Diskussion schon seit Jahrzehnten kennen, in eine Deltametropole, in eine Metropole, die als neue Wirtschaftsmetropole auf europäi-

ischem Niveau konkurrenzfähig ist und mit einer Dimension von sechs Millionen Menschen in der Anziehungskraft mit Metropolen wie Paris, London usw. wirklich konkurrieren kann.

Die Zielsetzung dieser neuen Metropole sind darunter genannt. Zum einen geht es darum, die Knotenpunkte des Verkehrsnetzes zu neuen Zentren der Stadtentwicklung umzuformen. Und auf der Grafik sehen Sie diese gelben Punkte, das werden also diese neuen Zentren. Zum anderen geht es darum, die interne und externe Erreichbarkeit zu verbessern, also eine Stadt der optimalen Erreichbarkeit zu schaffen. Ein dritter Punkt ist die Entwicklung einer ausgewogenen Umwelt, gerade auch, um das so genannte grüne Herz dieser Randstad zu erhalten und – ein ganz wichtiger Punkt im ökonomischen Bereich –, um die Wasserwege und Wasserströme im Lande wieder zu öffnen und wieder ökologisch nutzbar zu machen. Ein letzter Faktor ist, ganz wichtig, alle Raumanprüche innerhalb des städtischen Gebietes selbst zu verwirklichen und nicht weiter zu externalisieren, also nicht weiter Stadtausbreitung zu betreiben, sondern innerhalb der bestehenden Städte zu verwirklichen.

Diese neue Zentralität hat sich mittlerweile eigentlich schon lange herausgestellt. Hier sehen Sie die Wirtschaftszentren und die wirtschaftliche Bedeutung, die Investitionsbedeutung, die Geldmaschine Hollands. Und Sie können ganz deutlich die Randstad mit den verschiedenen Zentren Rotterdam, Den Haag, Amsterdam und Utrecht erkennen als zentrale Gebiete des ganzen Landes. Da wird das Geld verdient für das gesamte Land. Dies wurde umgesetzt in ein Konzept für diese neue Metropole, wobei diese neue Zentralität, die neuen Zentren geschaffen werden, also neue Zentralität genutzt wird, um

die nötigen Entwicklungspotenziale verwirklichen zu können. Und hier sehen Sie dann, wie sich diese neue Zentralität einfügt in das mitteleuropäische Städtenetzwerk zwischen London, Paris und Frankfurt.

Ich glaube, ich muss jetzt zum Ende kommen. Hier sehen Sie, dass sich in solch einem Satellitenbild diese Randstad Holland sehr deutlich

herausprofiliert, wobei ich sagen muss, dass man nicht immer solchen Informationen Glauben schenken sollte. Die Tatsache, dass die Randstad Holland so funkelt wie auf diesem Bild, ist wesentlich darauf zurückzuführen, dass Holland über sehr viele Gewächshäuser verfügt, die nachts beleuchtet sind. Ich danke Ihnen.

Diskussion



Herr Prof. Krautzberger

Vielen Dank Herr Prof. Rosemann. Ich glaube, für viele von uns ist das sehr eindrucksvoll gewesen, welches starkes planerisches Verantwortungsbewusstsein in den Niederlanden vorhanden ist, wie man mit der bekannten ökonomischen Orientierung mit dem Land auch ökonomisch umgeht. Das ist ja auch nichts anderes als eine Form der räumlichen Ordnung. Und dann werden hier einigen im Raum die Ohren geklungen haben bei der Wohnungsbaupolitik von Rotterdam. Das war doch ein sehr interessantes Signal oder ein Beispiel. Ich will mal diesen Punkt der demographischen Veränderungen in jeder Beziehung aufgreifen: was den Wohlstand betrifft, was die Altersgruppen betrifft und die Situation der Starter; und dass das zum Gegenstand

einer Politik des Wohnungsbaus gemacht wird. Herr Rosemann, vielen Dank dafür.

Damit haben wir jetzt endlich Gelegenheit, aus unserem Kreise hinaus auch Sie und Ihre Fragen einzubeziehen. Ich sagte ja eingangs, und Sie haben das auch in der Pause und teilweise schon vorher genutzt, dass wir über die Homepage der Stadtentwicklung eine Möglichkeit der Kommunikation geschaffen haben. Es wird hier keinen Chatroom geben, sondern es geht vor allem darum, die Stellungnahmen, die auch in Zukunft kommen werden, aufzunehmen und auch in die Auswertung des Forums einfließen zu lassen. Ich will, wenn Sie erlauben, jetzt einfach mal eine Karte, die vor der Pause oder in der Pause von Herrn Tibbe kam, aufgreifen. Er stellte eigentlich an Sie, Herr Faludi, die Frage „Wie binden sich die mittel- und osteuropäischen Staaten in den EUREK-Prozess

ein?“ und „Welche Wechselbeziehungen können in diesem erweiterten Kontext zu Berlin bestehen?“ Vielleicht können Sie dazu direkt etwas sagen.

Herr Prof. Faludi

Danke vielmals. Die Antwort kann sehr kurz sein, aber ich kann sie etwas länger machen. Die mittel- und osteuropäischen Staaten sind in den Prozess nicht eingebunden. Das war ein Projekt der 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, wie sie vor dem 1. Mai 2004 bestanden hat; 1999 gab es das noch nicht. Es ist wohl so, dass gerade die Bundesrepublik versucht hat, die damaligen Kandidaten mit einzubeziehen. Zum Beispiel waren bereits 1994 in Leipzig Vertreter der damaligen Kandidaten als Gäste eingeladen. Sie wurden über den Prozess informiert. Und es gibt einen sehr wichtigen Kanal, über den die Kandidaten indirekt eingebunden wurden. Das ist der Rat von Europa. Der Rat von Europa hat heute 45 Mitglieder. Alle Kandidaten waren Mitglieder des Rates von Europa. Und eine der Folgeaktivitäten des EUREK, die bereits 1995 beschlossen wurden, war die Erweiterung des EUREK in ein Dokument des Europarates. Das ist tatsächlich im Jahr 2000 geschehen und 2002 durch den Europarat beschlossen worden – Grundzüge der nachhaltigen Entwicklung des europäischen Kontinents, beschlossen von den damals, glaube ich, 41 Mitgliedsstaaten. Das hat eine erstaunliche Wirkung gehabt, muss ich sagen. Vor allem das Land, das die Präsidentschaft des Komitees inne gehabt hat, nämlich Slowenien, hat das sehr voran getrieben und ist heute als neuer Mitgliedsstaat einer der Vorreiter der europäischen Raumentwicklungspolitik geworden.

Die Frage, die bereits im EUREK aufgeworfen wurde, ist: Soll das EUREK neu aufgelegt, soll das EUREK an die neue Situation angepasst werden? Im EUREK selbst ist diese Frage positiv beantwortet worden; es ist aber nicht geschehen. Und es gibt auch niemanden, der heute eine Initiative in diese Richtung unternimmt. Das hat mit der leidigen Kompetenzfrage zu tun. Das EUREK ist nämlich eine freiwillige Arbeit gewesen, die die Mitgliedsstaaten ausgeführt haben, eigentlich, um der Kommission den Wind aus den Segeln zu nehmen, um zu verhindern, dass die Kommission selbst ein europäisches Raumentwicklungskonzept macht – was die Kommission übrigens wollte. In diesem Machtstreit ist zwischen 1999 und heute eine Pattstellung entstanden. Man konnte sich nicht mehr bewegen in diesem Raum. Und deswegen habe ich den Begriff „territorialen Zusammenhalt“ genannt. Wenn die Verfassung in Kraft tritt, wenn sie frühestens am 1. November 2006 in Kraft tritt oder zu einem späteren Zeitpunkt – ich sage zweimal wenn –, dann hat die Europäische Kommission eine Kompetenz nicht für Raumentwicklungspolitik, aber für den territorialen Zusammenhalt. Und unter diesem Begriff wird die Kommission diese Aktivitäten fortsetzen.

Die niederländische Präsidentschaft bereitet diesen Schritt bereits heute vor. Am 28. und 29. November findet eine informelle Zusammenkunft der Minister für räumliche Kohäsionspolitik statt, und die niederländische Präsidentschaft hat vorgeschlagen, dass spätestens im Jahre 2007, also nach Eintreten der Verfassung, ein Dokument unter Mitarbeit der Mitgliedsstaaten ausgearbeitet wird. Das wird ein Nachfolgedokument sein. Um jetzt auf die Frage zurückzukommen: Dies wird mit voller Mitarbeit der zehn

neuen Mitgliedsstaaten stattfinden. Wahrscheinlich ist, dass auf irgendeine Art und Weise Bulgarien und auch Rumänien eingebunden werden und, wer weiß, vielleicht auch Kroatien.

Die Rolle Berlins habe ich noch nicht beantwortet. Ich glaube aber, das habe ich schon in meinem Vortrag versucht. Berlin erfüllt hier eine Schlüsselrolle. Ich habe gehört, dass bereits eine Zusammenarbeit mit Warschau stattfindet. Ich würde gern fragen, wie steht es dann mit den Baltischen Staaten, wie steht es mit Prag? Ich weiß, dass Wien z.B. eine solche Zusammenarbeit bereits konkret angepackt hat. Es gibt etwas, das heißt Centropa, eine Zusammenarbeit zwischen Regionen von Ostösterreich, Ungarn, Slowakei, Tschechische Republik. Danke.

Herr Prof. Krautzberger

Vielen Dank, Herr Faludi. Vielleicht könnten Sie, Herr Pirhofer, auf eine weitere Frage von Christian Kölling antworten. Sie lautet: "Es ist eine gute Idee, Städte miteinander zu verbinden. Was kann in der neuen EU getan werden, um auch die Bürgerinnen und Bürger einander näher zu bringen?"

Herr Pirhofer

Die Bürger existieren in unterschiedlichen Rollen, wenn man so will. Als Wirtschaftssubjekte kooperieren sie zunehmend in Arbeitsteilung und in bestimmten Zusammenhängen, und zwar nicht mehr in Einbahnstraßen. Ich spreche jetzt nur von Wien, von der Ostregion und eben von Zinndorf. Wien hatte mal den Eisernen Vorhang, vergleichbar mit der Mauer, relativ

nah außerhalb der Stadt. Noch lange nach dem Fall des Eisernen Vorhangs hatte sie die Mauer im Kopf. Das heißt, das „Drüben“ war viel weiter entfernt als vieles andere, das in Wirklichkeit zehnmal weiter entfernt war. Es waren zwei Systeme und vor allen Dingen gab es ein massives Wohlstandsgefälle. Sehr vereinfacht gesagt: Die Vernetzung der Bürger hat einseitig über den Konsum von billigen Möglichkeiten hinter der Grenze stattgefunden. Inzwischen ist das ein dynamischer Großraum mit dem starken Entwicklungspol Bratislava. Da hat man z.B. das Automobilcluster, eines der erfolgreichsten in Europa, wenn nicht sogar auf der Welt, mit unglaublichen Wachstumsraten. Dort entstehen Arbeitsplätze, die nicht mehr nur die verlängerte Werkbank sind. Dort verändert sich die Situation dramatisch schnell in Richtung Wohlstand. Sicherlich gibt es auch diese soziale Kohärenz und die Fragen von Umwelt und nachhaltiger Entwicklung usw. – das sind ein bisschen andere Themen. Aber es gibt jetzt nicht mehr diese Einbahnstraße und die Wohlstandskante, sondern zunehmend Funktionszusammenhänge in beiden Richtungen.

Sehr viele Wientouristen kommen aus den Beitrittsländern. Es leben hier zunehmend auch immer mehr Menschen aus diesen Ländern. Es finden Wirtschaftsfunktionsverflechtungen statt und die Stadt Wien beispielsweise, aber auch Niederösterreich, das Burgenland usw. tun auch auf der kulturellen und der zeichenhaften Ebene einiges für die Identitätsstiftung. Also: Es ist nicht nur ein Wirtschaftsprojekt und ein Verkehrsinfrastrukturprojekt, sondern es ist auch schon ein sozialkulturelles und ökologisches Projekt im Sinne eines gemeinsamen Großraums mit gemeinsamen Interessen. Das heißt, Umweltstandards müssen eingehalten werden.

Zum Beispiel die "Grüne Mitte" ist ein ganz wichtiges Thema zwischen Wien und Bratislava, dass da nicht ein Band hindurch geht, das wertvolle Naturlandschaften ruinieren würde. Dazu braucht es auch Bewusstseinsbildung und Kooperation. Und konkret findet auch über die EU-Förderung usw. Identitätsstiftung statt. Auch Kooperationen: Zum Beispiel ist dieses Wort „Centropa“ in einem Schülerwettbewerb erfunden worden. Ob es das glücklichste Wort ist, das sei einmal dahingestellt, aber es ist das Ergebnis eines grenzüberschreitenden Schülerwettbewerbs im Sinne einer Schulpolitik, in der Spracherwerb, gegenseitiges Kennenlernen, Austausch etc. gefördert wird und z.T. auch mit EU-Programmen und Geldern unterstützt wird. Das sind so kleine Beispiele.

Herr Prof. Krautzberger

Vielen Dank Herr Pirhofer. Ich würde dann gerne an Herrn Borowski eine Frage weitergeben, die eigentlich mehr an Frau Junge-Reyer gerichtet ist, nämlich die Fragestellung „Älterwerden in Berlin“. Aber ich würde gern die Frage an Sie, Herr Borowski, weitergeben, weil in Ihrem Vortrag auch die demographische Entwicklung in besonderer Weise dargestellt wurde. Wir alle wissen, dass Polen sehr ähnliche demographische Probleme hat wie wir sie in Deutschland kennen, namentlich in einigen Regionen in Deutschland, mit einem starken Bevölkerungsrückgang an jungen Menschen. Gibt es eigentlich so etwas wie eine Politik, die Sie als Stadt formulieren und die eine Reaktion darauf ist? Herr Rosemann hatte ja ein Beispiel der Stadt Rotterdam gebracht, wie man auf diese Entwicklung sehr deutlich und eigentlich sehr ungewöhnlich reagiert.

Herr Borowski

Vielen Dank für die Frage. Ich möchte versuchen, auf diese schwierige Frage zu antworten. Und ich bin ein wenig verwirrt, muss ich sagen, ich weiß nicht recht, wie ich antworten soll. Denn unser Statistikbüro, unsere Statistikabteilung hat die eine Meinung über das, was passiert, wir haben eine andere Auffassung. Und dann gibt es darüber hinaus natürlich noch andere Stimmen und andere Prozesse, insbesondere in Warschau, und ich möchte über Warschau reden, nicht über andere Städte, die hier betrachtet werden müssen. Die Gesellschaft insbesondere in den innenstädtischen Bereichen wird immer älter. Soweit unzweifelhaft festgestellt. Die Anzahl der Einwohner in Warschau verringert sich auch. Dennoch gibt es eine Dunkelziffer von 15 % der Bevölkerung, die nicht registriert sind, aber die dennoch dort sind, von denen wir wissen, dass sie dort leben. Das sind in der Hauptsache junge Leute, die nach Warschau ziehen. Der Prozentsatz von Arbeitslosen liegt irgendwo bei 5 oder 6 %. Dann gibt es auch viele Gastarbeiter in Warschau, die aus anderen osteuropäischen Ländern kommen, aus der Ukraine, Weißrussland und Russland. Das ist hinnehmbar. Denn sie haben ja selber, viele von uns haben ja selber in anderen Ländern gearbeitet. Wie viele das sind, wissen wir nicht, vielleicht 100.000. Dann gibt es Vietnamesen, wir kennen nicht die genaue Anzahl, es könnten aber ungefähr 20.000 sein. Insgesamt gehen wir also davon aus, dass 15% mehr Einwohner zu verzeichnen sind als es das statistische Amt verzeichnet. Und das Alter dieser 15% ist sehr jung. Es gibt 200.000 zusätzliche Studenten in Warschau, vielleicht sogar mehr. Die Anzahl der Studenten hat sich

vervierfacht. Und ich weiß nicht, wie viele von ihnen registriert sind. Vielleicht sind das auch wieder 50%, die registriert bzw. nicht registriert sind. Wir gehen also nicht davon aus, dass die Einwohner von Warschau älter werden, sondern wir gehen davon aus, dass sie jünger werden. Und wir gehen auch davon aus, dass die Zahl sich nicht verringert, sondern vergrößert. Und so werden Sie sicherlich meine Konfusion, meine Verwirrung verstehen.

Herr Prof. Krautzberger

Noch eine Wortmeldung. Wir haben Mikrofone aufgestellt. Herr Dr. Spars von der TU Berlin hat sich vorhin bei mir schon angemeldet.

Herr Dr. Spars

Vielen Dank, dass ich das eröffnen darf. Ich fände es spannend, wenn wir jetzt die drei Städte oder die vier Städte hinsichtlich ihrer Strategien ein bisschen stärker miteinander vergleichen könnten und dann noch mal überlegen, was das für Berlin bedeutet. Deswegen auch die Bitte an das Podium, das quer zu diskutieren. Mir sind nur einige Sachen aufgefallen. Zum einen fand ich es ganz interessant: wir hatten eine Stadt, die von sehr starken Wachstumsprozessen betroffen ist und wenig mit Planung zu tun hat, das war Warschau. Und dann hatten wir mehr oder weniger drei Städte, die sich im konsolidierten Bereich befinden, aber sehr viel von Strategien gesprochen haben. Das finde ich schon mal ganz auffällig und interessant. Vielleicht kann man das noch einmal werten. Welche Rolle hat Planung eigentlich überhaupt? Und dann, da ich aus dem Fachgebiet Stadt- und Regionalökonomie komme, vielleicht auch noch mal kurz eine

Frage bezüglich Berlins. Ich finde es wichtig, dass man, auch wenn man sagt, Berlin hat jetzt nicht unbedingt die große Wachstumsphase vor sich oder befindet sich nicht mitten drin, dennoch sieht, dass sich die Stadt sehr differenziert entwickelt, auch ökonomisch sehr differenziert entwickelt. Es gibt Branchen und Bereiche, die prosperieren und wachsen immens, und andere liegen danieder und gehen unter. Wie geht Stadtplanung, Stadtentwicklung mit solchen differenzierten Prozessen um? Wie kann man so etwas in einer Stadt managen? Verfügen wir überhaupt über die richtigen Instrumente, heute derartige Prozesse stadtentwicklungspolitisch abzufedern, abzufangen, auszugleichen? Über der ganzen Diskussion, auch was den gesamteuropäischen Beitrag angeht, schwebt immer die Frage: Ausgleichsziel versus Wachstumsziel. Wo stehen wir eigentlich, sowohl, was die großräumigen Veränderungen in Europa angeht, als auch, was die kleinräumigen Veränderungen in den Städten angeht? Sind wir da eindeutig positioniert? Welche Aufgabe hat in dem Zusammenhang Planung? Das sind meine Fragen an das Podium. Vielen Dank.

Herr Prof. Krautzberger

Vielen Dank. Dann waren Meldungen in der dritten Reihe und in der ersten Reihe. Letzteres war, glaube ich, Herr Stimmann; könnten Sie auch so freundlich sein, es ebenso kurz wie Ihr Vorredner zu machen.

Herr Wimmer

Nur eine ganz kurze Frage an die Frau Senatorin. Sie waren sehr diplomatisch. Berlin hat 1991 die beste Standortbestimmung der Welt

bekommen als Hauptstadt und Regierungssitz, aber nur die Hälfte der Regierung ist in Berlin tätig. Wie lange sollen wir uns das noch ansehen? Ich halte das für einen Planungsfaktor von ungeheurer Größe. Und ich weiß nicht, ob sich das die anwesenden Herren aus Warschau, aus den Niederlanden 10 Jahre angeschaut hätten.

Herr Prof. Krautzberger

Vielen Dank. Herr Dr. Stimmann, Sie können auch an das Pult gehen.

Herr Dr. Stimmann

Ich habe eine ganz einfache Frage an Herrn Faludi. Also ich finde den Vortrag doch sehr technokratisch, über immer denselben Raum mit schönen Bildern, mit unterschiedlichen Sichtweisen, Bananen und Trauben usw., die wir natürlich als Planer schon alle kennen, und zum Schluss kommt das Wort "Netze". Also irgendwie, und auch jetzt in Ihrer Antwort, kam immerzu "ein neues Netz, das vergrößert wird durch die neuen europäischen Länder"; das hat Herr Stockmeier schon gesagt: Die neuen europäischen Länder, sie sind ja nicht neu. Also was bedeutet das Wort „Netz“ praktisch in Ihrem Verständnis, wenn Sie das konkretisieren sollen? Was müssten wir in Berlin machen, um Teil dieses Netzes zu werden? Mir ist das, ehrlich gesagt, zuviel planerischer Jargon in dem Referat. Geschichte, Kultur, all das kam nicht vor.

Und bei Jürgen Rosemann habe ich die Frage nach der Identität. Frau Junge-Reyer hatte ja in ihrem Eingangsreferat das Thema versucht zu fixieren, indem sie gesagt hat, alle handeln mit

den gleichen Ansprüchen „modern, jung, Wissenschaftsstadt“ etc. Was ist Identität in dieser neuen Randstad – den Namen habe ich schon wieder vergessen –, Deltastadt, ja, glaubst Du ernsthaft, dass ein Delta ein Stichwort sein könnte für eine Identität dieser neuen Deltastädte? Oder entsteht da nicht nur ein neues Ruhrgebiet, für das man irgendwann ein Stadtumbauprogramm Delta machen müsste?

Herr Prof. Krautzberger

Bevor wir uns von dem Schock dieser beiden Fragen erholen, würde ich gerne noch eine weitere Frage von Herrn Sander hören.

Herr Sander

Ich würde gerne etwas aufgreifen. Herr Faludi sprach oder fragte, wo liegt Berlin und was ist Berlin? Und da würde ich gerne den Bogen schlagen zu den Aussagen von Frau Junge-Reyer. Ich glaube, dass wir uns hier in Berlin selbst nicht immer im Klaren sind, wo wir eigentlich liegen, ich kann auch sagen, wo wir eigentlich stehen. Und da würde mich interessieren, auch im Vergleich der Städte untereinander – ich glaube, Herr Pirhofer sprach es an –: Wer hat da gesprochen? Frau Junge-Reyer, Sie als Stadtplanerin oder als Stadt Berlin? Und wie ist das in den anderen Städten? Das wäre für mich interessant, wie das in den anderen Städten gesehen wird.

Herr Prof. Krautzberger

Vielen Dank Herr Sander. Ja, meine Damen und Herren, auch mit Blick auf die Zeit sollten wir die Abschlussrunde einläuten. Sie haben sich ja darauf eingestellt, dass wir um 19 Uhr

dann auch das Forum beenden, das ist auch wichtig, da uns der Freitag ja noch weitere Ziele bieten wird. Dann würde ich einfach vorschlagen, dass wir vielleicht bei Ihnen, Herr Pirhofer, beginnen, dann Herr Rosemann, Herr Faludi und Herr Borowski.

Herr Pirhofer

Ja, zum einen zur Frage des Wachstums. Kurz lässt sich das nicht klären. Alle Strategiepläne, die ich kenne, alle, die einen Realitätsgehalt haben, zielen dennoch auf Wachstum, wenngleich sie sagen, qualitatives Wachstum, nachhaltige Entwicklung, nicht quantitatives Wachstum um jeden Preis. Und zwar auch deshalb, weil bekanntlich die ökonomische Dynamik bei relativ geringem Wachstum, so wie sie jetzt läuft, eher Arbeitsplätze vernichtet als dass sie neue schafft bzw. diese nicht ausreichen und es durch die Deindustrialisierung gesellschaftliche Verwerfungen gibt. Auch in Wien kann dieser Wegfall von traditionellen industriellen Arbeitsplätzen usw. eigentlich nur durch Dienstleistungen kompensiert werden, und zwar in begrenztem Maße. Die Dienstleistungen, das ist auch ein schwieriges Feld. Da kommunizieren alle Städte drüber. Man weiß spätestens seit dem Spiegelartikel letzte Woche, dass es Dienstleistungen ohne Industrie a la longe nicht geben kann. Das wusste man immer schon, klar. Bei den Dienstleistungen versucht man Clusterstrategien. Die Clusterstrategien zielen auf besondere Stärken, die der jeweilige Standort hat, in der Kombination von Wissenschaft, Produktion und anderen Vorteilen bis hin zu Images. Die Clusterstrategien sind zwar sehr notwendig und sind fast die einzige Chance, an Hochpreisstandorten noch Industrie zu halten, nämlich über die Innovation

der Cluster, und da durch Zulieferung und die Kombination von Wissenschaft, Produktion und Dienstleistungsclustern. Sie sind aber letztlich auch nicht die Lösung, wie man Stadtentwicklung schafft.

Ein letzter interessanter Punkt zu dem Thema Wirtschaft und Entwicklung sind die so genannten „creative industries“. Dies ist natürlich auch eine neue Marke für etwas, was es schon gegeben hat. Allerdings liegt in den Städten das Potenzial von vielen kleinen und mittleren Unternehmen und neuen Start-ups. Diese kreativen Bereiche sind zunehmend ein Wirtschaftsfaktor. Dies hängt mit urbanen Lebensstilen, Stadtstrukturen und Stadträumen zusammen. Darauf setzt Wien jetzt relativ stark. Die Stadt versucht zu reflektieren, was denn das Potenzial der Gründerzeitstadt für diese Industrien ist – von der Raumökonomie, von der Raumnutzung, auch von Images, Lebensstilen usw. Das heißt also, die bisherige Strategie der sanften Stadterneuerung, die mehr nur auf Soziales, auf Erhaltung und womöglich Ökologie und Ressourcenschonung orientiert war, soll zunehmend ergänzt werden durch wirtschaftliche Überlegungen auch in Richtung Anreize für Clusterentwicklungen, vor allem im kreativen Bereich. Das zur differenzierten ökonomischen Entwicklung. Dies ist sicher auch eine interessante Überlegung für Berlin, wobei sie wahrscheinlich schon stattfindet – auch im Stadtteilmanagement.

Nur ganz kurz, die andere Frage galt dem Strategieplan für Wien. Tatsächlich, also zumindest nominell und auf der generellen Ebene ist es die Strategie der gesamten Stadt, hinter der vom Bürgermeister über den Magistratsdirektor sämtliche Geschäftsgruppen stehen. Dass es im Einzelnen natürlich Spannungsfel

der zwischen den jeweiligen Interessenslagen usw. geben kann, das ist selbstverständlich. Tatsache ist aber, dass ein wirklich realer Gebrauchswert zu konstatieren ist, vor allem in der Gruppe Wirtschaftspolitik und Planung. Früher war es doch häufig so, dass die Wirtschaftspolitik sehr kurzfristig und relativ spät der Planung bestimmte Anforderungen für die Freimachung und Entwicklung von Standorten anheim gestellt hat. Dies musste die Planung dann in einem sehr schnellen Verfahren dann irgendwie umsetzen. Jetzt setzt man sich im Sinne einer strategischen Konzeption sehr viel früher an den Tisch und erarbeitet gemeinsam genaue Profile für die Schwerpunkte der Entwicklung in Richtung von Standortpaketen. Dies geschieht entsprechend der realistischen wirtschaftlichen Ansprüche, Einschätzungen, Zeithorizonte und der notwendigen Etappen, so dass man noch eine reale Chance hat, die Infrastrukturen, die Qualität bis hin zum Marketing usw. gemeinsam im Einklang mit der Wirtschaft, aber gleichzeitig unter strengen Umweltkriterien zu berücksichtigen. In diesem Bereich sind eindeutig Synergieeffekte und Optimierungen zu verzeichnen.

Herr Prof. Krautzberger

Vielen Dank, Herr Pirhofer. Prof. Rosemann.

Herr Prof. Rosemann

Hans Stimmann hat ja vorhin gefragt oder argumentiert, dass überall die gleichen Ansprüche bestehen. Und ich denke, Du hast Recht, alle Städte in Europa wollen ihre Konkurrenzposition verbessern, alle Städte wollen die Stadtumlandwanderung in den Griff bekommen, alle Städte wollen die sozialen Gegensätze im Stadtraum vermindern. Interessant wird es da,

wo man die unterschiedlichen Bedingungen zur Realisierung dieser Ziele analysiert. Um ein Beispiel zu geben: Berlin mit drei, dreieinhalb Millionen Einwohnern ist viel größer als Paris, das zwei Millionen Einwohner hat. Aber die Stadtregion von Berlin hat, ich denke viereinhalb Millionen oder so etwas, die Stadtregion von Paris hat 12 Millionen. Das heißt, da gibt es fundamentale Unterschiede in Bezug auf die Realisierung von Konkurrenzfähigkeit auf der europäischen Ebene. Und diese Analyse, denke ich, muss sehr scharf geführt werden. Was sind die spezifischen Bedingungen dieses Ortes im Vergleich zu anderen, Bedingungen für eine Profilierung?

Ich komme damit zu dieser Randstad- oder Deltametropole-Frage. Die Ausgangssituation war, dass dort ein Städtetz besteht, wobei die einzelnen Städte sehr unterschiedliche Funktionen im Gesamtrahmen erfüllen. Amsterdam und Utrecht als Handelsstädte, Rotterdam als Industriestadt. Dieser ganze Raum aber hat den größten Hafen der Welt, hat den viertgrößten Flughafen Europas, eine der Mainboards von Europa, hat eine Reihe von günstigen Voraussetzungen, wenn man dieses als Ganzes zusammennimmt. Und die Idee der Randstad, die Idee der Deltametropole ist, nicht mehr die einzelnen Städte gesondert zu entwickeln, sondern das Gesamte zu betrachten und von dort aus optimale Standorte für neue Entwicklungen zu finden. Damit wird Amsterdam natürlich nicht seine Identität verlieren. Die Bürger von Amsterdam haben gegen eine Aufteilung Amsterdams gestimmt, weil man natürlich Amsterdamer bleiben will und nicht Deltametropolenbewohner oder so etwas. Aber diese gesamte Metropole kann sich vermarkten mit der Idee einer solchen Netzwerkstadt. Und, ob

nun der Name „Deltametropole“ so besonders glücklich ist, weiß ich nicht. Es gibt eine Vereinigung „Deltametropole“, und die hat z.Zt. einen Wettbewerb ausgeschrieben. Man sucht einen guten Namen. Vielleicht kannst Du da mal einen Vorschlag einbringen.

Herr Prof. Krautzberger

Vielen Dank, Herr Rosemann. Herr Prof. Faludi.

Herr Prof. Faludi

Meine erste Antwort auf den Technokratievorwurf ist: schuldig. Ich studiere technokratische Prozesse. Mein Gegenstand sind Prozesse von Verhandlungen, Abstimmungen zwischen Technokraten und was diese sagen. Herr Krautzberger war in seiner vorigen Funktion ein Vertreter der Bundesrepublik in einem Komitee mit Vertretungen von 15 Regierungen. Das sind natürlich technokratische Prozesse. Nun, Technokraten denken nach und versuchen, sich auf die Höhe von wissenschaftlichen Erkenntnissen zu stellen. Ich glaube, da gab es ein paar, die ganz wichtig waren. Man hat z.B. in Amerika verfolgt, was das Geheimnis des Erfolges von Silicon Valley ist, das Geheimnis des Erfolges der Route 128 bei Boston. Man hat festgestellt, dass dort Netzwerke entstanden sind, dass Unternehmer bei aller Konkurrenz einander geholfen haben, dass Humankapital durch informelle Kontakte untereinander erzeugt wurde. Ein ähnliches Beispiel ist Emilia-Romagna in Italien. Das ist eine sehr erfolgreiche Region und u.a. amerikanische Wissenschaftler haben untersucht, wie das kommt. Es stellt sich heraus, dass dort viele kleine und mittelständische Betriebe, aber dass auch sehr

viele Netzwerke, oft auch familiäre Bande bestehen, die also nach dieser Theorie den Erfolg der Emilia-Romagna ausmachen. Ein anderes Beispiel ist die Deltametropole. Das ist keine Regierungseinheit, das ist keine bürokratische Organisation, das ist ein Verein, der ein Konzept geschaffen hat: Deltametropole. Dieses Konzept wurde von der Regierung aufgenommen. Übrigens möchte ich bei dem Wettbewerb für den Namen teilnehmen. Ich würde es Randstad nennen, das ist nämlich der Begriff, den wir alle kennen.

Nun, ein weiteres Beispiel, das prägend für die Einführung dieses Begriffes "Netzwerk" war – Netzwerk ist ja nicht der Schlüsselbegriff; der Schlüsselbegriff ist der von Delors geprägte Begriff „forces vives“, die Lebenskräfte einer Region. Das ist ein Begriff, der das französische Denken wiedergibt. Der französische Wiederaufbau nach dem Krieg war enorm erfolgreich und ist der französischen Planung zu verdanken. Und die französische Planung war nie zentral auferlegt. Es war eine Zusammenarbeit der Schlüsselfiguren in der Gesellschaft, die oft aus demselben Netzwerk stammten, die oft dieselben Ausbildungen hinter sich hatten, die also Teil einer Elite waren, die sich in Wirtschaft und Verwaltung vernetzt hatten. Und das wurde übertragen auf den Dezentralisierungsprozess in Frankreich, der seit 1982 sehr gezielt ausgeführt wird. Jetzt wird versucht, die wahnsinnige Verwaltungsstruktur von Frankreich mit 36.500 Gemeinden, von denen einige überhaupt keine Einwohner mehr haben, aber noch immer bestehen, mit neuen Instituten zu überziehen, von denen viele Netzwerkinstitutionen sind. Diese sind also keine permanenten, formellen Institute, sondern Netzwerke, die sich um bestimmte so genannte territoriale Projekte,

„projets territorial“, gruppieren. Sie sind temporär, werden aber vom Staat finanziert. Und dieses Denken hat sich also auch in der europäischen Union eingestellt. Es sind ja sowieso vielfach Franzosen, vor allem im Generaldirektorat Regio – das ist ein französisches Generaldirektorat. Und dieses Denken übersetzt sich jetzt in diese Politik der Beförderung von Netzwerken. Was das auf dem Gebiet von weltwirtschaftlichen Entwicklungszonen in Europa bedeutet, das weiß niemand. Auf diesem Niveau ist es noch nicht ausprobiert worden. Aber es ist trotzdem eine Rezeptur, die angereichert wird und die aufgenommen und weiterentwickelt werden sollte. Also schuldig, aber Technokraten denken auch nach und sie haben gewisse Theorien, die dahinterstecken.

Herr Prof. Krautzberger

Vielen Dank, Herr Faludi. Und schließlich Herr Borowski, darf ich Sie um eine abschließende Stellungnahme bitten.

Herr Borowski

Nun, ich bin ein wenig beschämt, muss ich sagen. Das Wort Strategie, das ist in Warschau und in Polen als solches wirklich schwer zu definieren. Ich möchte hier keinen Witz machen, aber das Erste, was mir in den Sinn kommt, war meine Strategie. Ich wollte sagen, unsere Strategie ist, mit wenig Strategie auszukommen. Nun, das ist nicht ganz ernst gemeint. Aber ein so junges Land wie Polen, eine solch junge Stadt wie Warschau erlebt einen Kampf um die richtige Balance und das richtige Gleichgewicht zwischen Eigentümerschaft – einer Eigentümerschaft, die dem Volk zurückgegeben wird – und dem Recht auf öffentlichen

Wohlstand. Das wurde in den letzten Jahren wahrscheinlich ein wenig vergessen. Und dieser Kampf findet statt. Er spiegelt sich wider in dem, was wir tun. Z.B. wenn wir in Warschau eine Reihe große, wirklich sehr, sehr große Shoppingmalls haben; die sehen so aus, als wären sie direkt aus Florida importiert. Die Leute mögen das, die Polen mögen das. Das ist eine praktische Strategie, die sich hier niederschlägt. Und die Strategie muss natürlich sein, dass wir um unsere innerstädtischen Bereiche kämpfen müssen. Wir wissen, wie wir das tun.

Ein anderes Beispiel. Wir waren effizient genug, um die Ziele zu erreichen, die wir uns gesetzt haben. Diese Ziele sind ja z.T. zufällig ausgewählt und strategisch nicht klar definiert, aber dennoch von hoher Intensität. Sie sind nicht so technokratisch, sondern vielleicht eher romantisch, möchte ich mal sagen. Und eine Strategie, die ich mir wünschen würde, wäre eine Strategie zur Verbesserung der öffentlichen Verwaltung. Das sind nämlich Probleme, mit denen Sie es gar nicht zu tun haben. Wenn man im Westen entscheidet, dass man etwas tun möchte, dann weiß man natürlich, wie man da vorgehen muss. Man weiß, wie es geht, und man glaubt, dass es da keine Probleme gibt. In Polen, in Warschau ist das etwas vollkommen anderes. Wir haben viele Dinge, die von uns getan werden müssen. Manchmal haben wir nicht die Ressourcen, um diese Dinge zu tun. Aber es ist sehr, sehr schwierig, effizient zu sein und die Ergebnisse auch vorzuweisen. Es ist eine vollständig andere Situation. Wir müssen also eine Strategie entwickeln, wie wir die Zivilgesellschaft als Grundlage unserer Arbeit als solche entwickeln.

Herr Prof. Krautzberger

Vielen Dank für Ihren Schlussbeitrag. Ich denke, wir sollten jetzt unmittelbar zu den Schlussbemerkungen der Senatorin übergehen. Ich darf mich jetzt schon bei den Diskutanten

Schlussfolgerungen

Frau Senatorin Junge-Reyer

Ich bedanke mich ganz herzlich für diese Aufforderung, will aber nicht versäumen, mich zunächst herzlich zu bedanken für all die Anregungen und auch die kritischen Bemerkungen, die wir hier heute gehört haben. Wir werden vieles von dem weiter diskutieren und wir werden es vor allen Dingen auch für uns aufzeichnen, um es auswerten zu können. Deshalb will ich jetzt nicht der Versuchung erliegen, auf vieles umfangreich einzugehen, was hier vom Podium oder aus dem Publikum heraus gesagt worden ist. Aber ich möchte doch auch für mich, auch für uns heute ein paar Dinge, ein paar Fragen, die an uns gestellt worden sind, noch einmal aufgreifen. Ich will beginnen mit dieser Frage nach dem Begriff von Planung oder nach der Situation, in der wir planen in Berlin, so habe ich das verstanden. Natürlich ist es verlockend und sicher auch wunderbar, so wie in Warschau sagen zu können, da geschieht etwas, das wir beobachten können, ohne dass wir einen Plan haben. Das ist eine Herausforderung. Es ist sicher nur auf den ersten Blick einfacher, weil es auch, wie wir alle wissen, hochgefährlich sein kann. Und ich be-

herzlich bedanken dafür, dass Sie es mir so leicht gemacht haben. Wir haben eine letzte Frage ebenfalls über das Internet bekommen, Frau Junge-Reyer, die auf Sie zugeschnitten ist, nämlich: „Ich finde, Berlin sollte seine Qualitäten als europäische Metropole herausstellen“.

wundere den Mut, mit dem Sie eingreifen und steuern.

Wir sind mit vielen anderen Städten gemeinsam in einer ganz anderen Situation. Wir haben diese Euphorie erlebt, auch und gerade in der Nachwendezeit und verabschieden uns jetzt auch gedanklich von dieser Vorstellung, in Quantitäten planen zu können. Wir sind eher darauf angewiesen, uns auf die Qualität unserer Räume, aber auch auf die Qualität der Angebote, auf die Struktur und die Qualität der Nachfrage zu konzentrieren, wenn wir planen. Es macht Planung schwieriger. Vor allen Dingen deshalb, weil es Geduld erfordert. Und da, muss ich sagen, gelange ich auch gelegentlich persönlich an die eine oder andere Grenze. Aber ich glaube, dass es erforderlich ist, geduldig zur Kenntnis zu nehmen, was tatsächlich Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für Planung sind.

Ich bin vorhin nicht auf die Frage eingegangen, welche Bedeutung die Demographie hat, bin aber jetzt doch – angeregt durch einige Beiträge – noch mal darauf gekommen, auch sehr deutlich zu sagen, dass wir die demographische Entwicklung zur Kenntnis nehmen müssen. Wir haben eine ganze Zeit lang versäumt,

zu glauben, was wir eigentlich hätten wissen müssen. Nämlich, dass es einen ganz erheblich größeren Anteil an älterer Bevölkerung in absehbarer Zeit auch in Berlin, aber auch in anderen großen europäischen Städten, ja in ganz Europa geben wird. Wenn ich das bei anderer Gelegenheit sage und da mal ein paar Zahlen nenne und sage, stellen sie sich mal etwa vor, im Jahre 2020, 2030, da ist der Anteil der Älteren um das Doppelte gestiegen, dann merke ich immer, dass einige im Saal anfangen zu rechnen und zu überlegen, wo sie zugehören könnten. Sie haben jetzt auch die Gelegenheit. Und dann sprechen wir auch darüber, wie es sich mit der bisherigen Vorstellung verhält, dass junge Metropolen, junge Bevölkerung, Modernität auch mit Entwicklung und Wachstum gleichzusetzen sind. Entwicklung in einer solchen demographischen Situation zu definieren ist viel, viel schwieriger. Wir müssen uns dieser Frage stellen. Dabei kommt es dann auch darauf an – wenn wir die Entwicklung der Konkurrenz um die Jugend betrachten, so wie ich das vorhin formuliert habe – zu sehen, wie wir, und das war eine Frage, die ich vorhin aus der Pause mitgenommen habe, denn damit umgehen, dass wir nicht nur für gut ausgebildete Jugendliche in Berlin, sondern auch für die anderen, die geringere Chancen haben, zukünftig Lebensperspektiven entwickeln müssen. Vorhin ist hier der Begriff der „lokalen Ökonomie“ gefallen, den wir auch noch mal in die Berliner politische Diskussion mitnehmen, auch unter dem Eindruck der Entwicklung der "Sozialen Stadt".

Aber noch mal zurück zu dem Thema Planung: Da wurde dann der Regierungsumzug sehr direkt angesprochen. Das ist ein Thema, das heute schon, glaube ich, durch einige dpa- oder sonstige Pressemeldungen geisterte. Auch das

gehört zu den Dingen, wo ich glaube, dass man sich mit Forderungen aus Berlin im Augenblick ein bisschen zurückhalten muss, schlicht aus Gründen der politischen Psychologie. Weil wir eine solche Forderung „Ihr müsst nach Berlin kommen!“ wirklich gar nicht nötig haben. Es werden viele nach Berlin kommen, weil wir, und da greife ich mal auf, was hier gerade gesagt worden ist, natürlich hochattraktiv sind. Hochattraktiv als Arbeitsplatz, auch als Ort, an dem man sich entwickeln kann, an dem es Wohnungen gibt, eine Versorgung mit Kindertagesstätten, Angebote an Schulen – eine Stadt, in der es sich gut leben lässt. Das wissen Viele und das ist eine hohe Attraktivität für die Stadt. Deshalb glaube ich, dass viele noch kommen werden, auch Behörden, auch aus dem alten Bonn vom Rhein nach Berlin.

Ob wir uns allerdings, wenn wir über Wachstum und Bevölkerungswachstum sprechen, nicht langsam auch an Begriffe gewöhnen müssen, die sehr deutlich machen, was zu erwarten ist, da will ich sagen, ich habe Erfahrungen gemacht, Erfahrungen gemacht auch und insbesondere mit Politikerinnen und Politikern in den Bezirken, die z.B. die Bevölkerungsentwicklung mit einem Satz ausdrücken wie – ich hab mir das neulich mal gemerkt –: „Das Wachstum des prozentualen Anteils der verbleibenden Bevölkerung beim Wohnungswechsel ist positiv“. Wissen Sie, was das heißt? Das heißt, wir haben es mit einem Bevölkerungsrückgang zu tun, der sich ein bisschen verlangsamt. Und da sehe ich: Wie definieren wir eigentlich die Begriffe, wenn wir politisch planen, wenn wir etwas zur Kenntnis nehmen sollen? Da dringe ich darauf, dass wir ehrlicher und offener und viel deutlicher sagen, wie die Rahmenbedingungen sind und worauf wir zurückgreifen müssen.

Deshalb auch die Antwort auf die Frage, ob stadtentwicklungspolitische Vorstellungen, die ich hier heute darstelle, die Meinung des Senats sind. Hier sind viel zu viele Leute im Saal, als dass ich der Versuchung erliegen würde, zu sagen, noch nicht, aber bald. Ich halte mich zurück. Deshalb ganz ernsthaft: Lassen Sie uns heftig mit der Stadt diskutieren, politisch diskutieren. Stadtentwicklungspolitik ist immer auch Wirtschaftspolitik. Sehr deutlich wird das, wenn wir uns vornehmen, z.B. über die Einzelhandelsentwicklung zu sprechen, und zwar bei vielen Gelegenheiten. Wenn wir uns gegenseitig mit der Entwicklung vor Ort in den Kiezen konfrontieren, so wie in dieser Woche bei einer Veranstaltung im Rahmen einer Diskussion zur sozialen Stadtentwicklung, dann wird immer die Frage nach der wirtschaftlichen Entwicklung und nach der Entwicklung des Einzelhandels gestellt – einer stadtentwicklungspolitischen Frage, die selbstverständlich über die Ressortgrenzen hinweg diskutiert werden muss.

Die Konkurrenz der Themenstellungen, nun, das haben Sie, Herr Pirhofer, auch noch mal so deutlich nachgefragt, ist eigentlich für mich eher eine Partnerschaft der Themenstellungen. Gleichzeitig sind wir in diesem Ressort zuständig für Fragen des Verkehrs, der Umwelt, des Bauens. Das verpflichtet schon in den Köpfen aller Beteiligten, sich kritisch auseinander zu setzen, aber doch auch gemeinsame Strategien zu entwickeln. Und das gilt für mich auch über die Grenzen der Stadtentwicklungsressorts in Berlin hinaus in Richtung Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und selbstverständlich, wenn es um Standorte geht, auch in Richtung Kulturpolitik. Hier hat Stadtentwicklungspolitik traditionell, aber auch nach meiner Auffassung von der Verantwortung der Stadtentwicklungspolitik,

eine über die Ressortgrenze hinausgehende politische Aufgabe zu erfüllen.

Die Themen, die heute hier nicht genannt worden sind, einige habe ich gerade genannt, sind von einigen von Ihnen aufgegriffen worden. Das sind Themen, die mit dem Strukturwandel zu tun haben, Themen, die aber auch mit Ökologie zu tun haben, mit Nachhaltigkeit, mit Mobilität in der Stadt und die wir heute hier z.T. in den Berichten noch einmal vorgestellt bekommen haben. Es sind Themen, die mich nachdenklich machen und von denen ich glaube, dass wir sie weiterverfolgen werden.

Die Frage der Knotenpunkte im Öffentlichen Verkehr als stadtentwicklungspolitisches Element finde ich hochinteressant, weil es im Augenblick ähnliche, aber nicht die gleichen Entwicklungen auch in Berlin gibt, die diskutiert werden.

Und dann natürlich, weil ich hier nicht auf alles eingehen kann, die Frage unserer Beziehungen in der Region, der Definition dieser Beziehungen. Die kann man nicht nur in der gemeinsamen Landesplanung vollziehen. Ich glaube, wir sind noch nicht so weit, dass wir wirklich sagen können – auch politisch, nicht nur in den Köpfen, und auch im Verständnis unserer Beziehungen zueinander – wir haben abgestimmte Haltungen in Brandenburg und in Berlin, die in der Bevölkerung ein gemeinsames Verständnis dieser unabdingbar intensiven Beziehung zueinander hinreichend definiert hätte. Vielleicht haben wir auch nicht genug miteinander gesprochen. Vielleicht ist die Kommunikation über die Grenzen der politischen Beziehungen hinaus da nicht wirklich wirksam gewesen. Sie sehen dies an der derzeitigen, ich muss fast sagen: vorläufig geklärten, Frage der Fusion der beiden Länder, bedauerlicherweise. Und dann

geht es weit darüber hinaus. Hier wurde gesagt, wir könnten eine Schlüsselrolle einnehmen, wenn es darum geht, die Rolle und die Stellung Berlins zu den osteuropäischen Staaten zu definieren. Ich glaube, leider, wir müssen so ehrlich sein, zu sagen, dass wir so weit noch nicht sind. Wir fordern dies, wir definieren es selbst, wir weisen auf die Notwendigkeit hin, die Verkehrswege zu gestalten. Wir nehmen zur Kenntnis, dass es einige Autobahnen gibt, die gebaut worden sind. Wir haben hervorragende Beziehungen in vielen Projekten zu Warschau, in vielen Projekten zu Prag, aber das wirkliche Einnehmen einer Scharnierfunktion ist ein Auftrag, den Berliner Politik noch erfüllen muss. Den Auftrag haben wir vielleicht begriffen, aber als Aufgabe noch lange nicht hinreichend intensiv definiert. Dann kommt es darauf an, in der Definition der eigenen Identität Partner zu finden – sich definieren zu lassen auch von außen. Das haben wir heute versucht. Eine räumliche Position ist, glaube ich, nicht so sehr entscheidend im Sinne einer regional, in ein Geflecht von Städten, in eine bestimmte Position einzuordnende und zu klärende Situation. Da ist es für viele ganz einfach, zu sagen, wir sind am liebsten eine Weintraube, da haben alle einen Platz, aber alle einen ziemlichen gleichen und keinen besonderen. Und da fehlt es mir noch an einer sehr deutlichen Klärung des Besonderen, die Berlin in einer solchen Netzwerksituation spielen könnte. Wir sind nicht in der Lage wie Paris oder wie Rotterdam, über ein natürliches Netzwerk zu verfügen. Wir sind immer noch verhältnismäßig eine Insel im Vergleich zur räumlichen Situation anderer. Und deshalb müssen wir uns, mehr als über die räumliche Situation, definieren über die Funktion, die Berlin einnehmen soll. Das heißt für mich vorläufig definiert, eine tatsächlich intensiv

anzustrebende Funktion in Richtung Osteuropa, ohne dass wir uns trennen von dem, was uns mit Rotterdam, mit Paris, mit London verbindet. Und eine ganz intensive Diskussion um die Wirtschaftskraft der Stadt, weil wir ohne eine die Möglichkeit, Investitionen zu haben, nicht lebensfähig sind. Und es braucht eine intensive Diskussion um die Rolle, die wir vorrangig spielen wollen, wenn es darum geht, attraktiv zu sein sowie gleichzeitig das Besondere zu bieten, so wie eingangs gesagt zum Beispiel in den Bereichen Kultur, Wissenschaft, Forschung. Es bleibt uns da wohl nichts anderes übrig, als auch in diesen Wettkampf intensiv einzutreten und dabei unsere internationale Rolle zu begreifen, die auch durch die Lage bestimmt ist.

Ich möchte gerne mit Ihnen in weiteren Stadtforen weiter diskutieren und weitere Themen aufgreifen. Und mir liegt daran, dies so intensiv wie möglich jeweils auch konkret zu machen; auch mit konkreten Schlussfolgerungen zum Schluss solcher Veranstaltungen zu verbinden, mit konkreten Anforderungen an die Politik und schließlich mit dem Ziel verbunden, Maßnahmen und Möglichkeiten zu definieren, die wir noch nicht erkannt haben. Ich bin sehr gespannt auf die Fortsetzung.

Herr Prof. Krautzberger

Meine Damen und Herren, es bleibt mir, auch im Namen von Frau Junge-Reyer, den Podiumsteilnehmern und Ihnen nochmals herzlich zu danken. Sie sind herzlich eingeladen, bei einem Glas Prosecco noch ein bisschen zusammen zu bleiben. Vielen Dank.